

Rezensionen

Kessler, Mario: Grenzgänger des Kommunismus. Zwölf Porträts aus dem Jahrhundert der Katastrophen. Berlin: Karl Dietz Verlag 2015, 285 Seiten, 19,90 €.

Kessler, Mario: Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen den Kommunismus (1895–1961). Köln: Böhlau Verlag 2013, 759 Seiten, 59,90 €.

Bois, Marcel: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die Linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung. Essen: Klartext Verlag 2014, 613 Seiten, 39,95 €.

Danzer, Doris: Zwischen Vertrauen und Verrat. Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960). Göttingen: V&R unipress 2012, 576 Seiten, 74,99 €.

Bis zum Untergang des sowjetischen Imperiums blieben für die hergebrachte westliche Kommunismusforschung wichtige Quellen unerreichbar, da die Zerbrüche staatlicher Archive und die Geheimniskrämerie einschlägiger Sicherheitsorgane den Zugang zu relevanten Überlieferungen verhinderten. Das hat sich inzwischen nachhaltig geändert. Doch auch die Interessenkonstellation hat sich verschoben. Der auf das Herrschaftssystem sozialistischer Systeme orientierten Kommunismusforschung kamen ihr tagespolitischer Bezug und manche Finanzquelle abhanden. Die Frage aber nach der Faszination, die der Kommunismus, trotz seiner Massenmorde und Menschenschindereien, auf seine Anhänger ausübte, ist auch 25 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Weltherrschaftsträume ein erklärungsbedürftiges Phänomen. Zwar boten sowohl die alte Kommunismusforschung als auch die Sicherheitsorgane der westlichen Welt dafür etliche Erklärungen an, doch blieben viele drängende Fragen offen. Denen geht eine neuere Kommunistenforschung

seit einigen Jahren mit beachtlichen biographischen Tiefengrabungen in die Seelenwelten von gut- und schlechtgläubigen Anhängern der kommunistischen Weltanschauung nach. Dabei werden allerdings nicht selten die verschlungenen kommunistischen Lebensläufe der Altvorderen den heutigen Legitimationsbemühungen von Parteigängern des linken Lagers dienstbar gemacht. Denn seit dem Verlust der alten Bedeutungsträger ist ein Ersatz für den Marx-Engels-Lenin-Stammbaum noch nicht gefunden.

Zwei Frauen und zehn Männer bietet Mario Kessler zur Patronage für diesen Zweck auf. Er hat sie ausgewählt, weil sie im Unterschied zu jenen „vom Kommunismus Enttäuschten und Drangsaliererten“, die „mit jeder Form sozialistischen Denkens“ brachen, dies nicht taten. Der Autor verspricht im Vorwort, „den Gründen dafür nachzugehen“. Die zwölf Ausgewählten sind Karl Korsch, Arthur Rosenberg, Arkadij Maslow, Susanne Leonhard, Ruth Fischer, Joseph Berger, Alfred Kantorowicz, Walter Markow, Walter Grab, Stefan Heym, Ossip K. Flechtheim und Isaac Deutscher. Einige der Porträts sind bereits an anderer Stelle erschienen und wurden überarbeitet, die Kurzbiographien von Arthur Rosenberg und Ruth Fischer sind Zusammenfassungen von Kesslers 2013 erschienenen Buchpublikationen.

Kessler möchte statt der alten Begrifflichkeiten Ketzer, Renegaten und Dissidenten am Beispiel seiner zwölf Ausgewählten mit dem Begriff des Grenzgängers „die Debatte nicht nur aus der Begriffswelt der Kirchengeschichte“ hinausführen, sondern zeigen, daß und wie diese Grenzgänger „ein Leben ohne die Partei als Institution“ führen konnten und „weniger auf deren Reform denn auf deren ‚Aufhebung‘ durch eine neue radikal-sozialistische Linke“ gehofft hätten. Sogar Ruth Fischer, die – man beachte diese Behauptung – „wie kaum jemand sonst die Kommunisten bekämpft hatte“, habe schließlich auf Reformkräfte

in der Partei gehofft, „die imstande wären, Demokratie und Sozialismus glaubwürdig zu gestalten“. Walter Markow und Stefan Heym lebten im Unterschied zu den anderen zehn Protagonisten im „realen Sozialismus“ der SED-Diktatur, und doch hätten „beide die Kämpfe der Unterdrückten in Erinnerung“ gerufen, „die diese um Freiheit wie um Gleichheit ausgefochten hatten“. Kessler merkt bedauernd an, daß Heyms Idee für einen „Aufbruch in eine bessere DDR“ nicht zum Tragen kam, „weil die Mehrzahl der Menschen anderes wollte“. So sei auch heute „der Kampf um Freiheit wie Gleichheit nicht zu Ende – Freiheit im Sinne der Befreiung aus ökonomischer Unmündigkeit, Gleichheit im Sinne gleicher Lebenschancen für alle, unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel“.

Kessler – im Innenteil des Buches Keßler geschrieben – gehört der Historischen Kommission der Partei „Die Linke“ an. Sein Freiheitsverständnis entspricht noch immer dem in der DDR gelernten. Auch die dort Herrschenden meinten, Freiheit sei die „Befreiung aus ökonomischer Unmündigkeit“. Im Vorwort seiner Ruth-Fischer-Biographie jongliert der „demokratische Sozialist“ als Historiker dann ganz offen mit den Grenzen der Freiheit. Kessler meint dekretieren zu können, „der Begriff des Antikommunismus sollte sich als rundweg positive Kennzeichnung nach Hitler und der Antikomintern verbieten“. Zum Glück haben weder Kessler noch die Historische Kommission der Linkspartei die Mittel, um Begriffe und ihren Gebrauch zu verbieten, die ihnen nicht passen. Für einen demokratischen Antikommunismus gibt es mehr als genug Gründe wie auch für einen demokratischen Antifaschismus. Die kommunistischen Antifaschisten verfügen jedoch über einige Erfahrung darin, wie man Antikommunismus mit Nazi-Gesinnung konnotiert, um demokratische Antikommunisten als Faschisten zu denunzieren.

Sieht man von den in die meisten der zwölf Biographien eingestreuten Behauptungen über richtige und falsche Haltungen gegenüber dem Kommunismus und Marxismus ab, bieten sie interessante Einblicke in die Lebenswelten von „Abtrünnigen wider Willen“, linken Renegaten und demokratischen Marxisten. Auf Robert Havemann, der im Unterschied zu Stefan Heym geradezu das Paradebeispiel für einen „Grenzgänger des Kommunismus“ sein könnte, läßt Kessler sich nicht ein. Er erwähnt ihn nicht einmal da, wo Havemann 1979 ebenso wie Heym unter offener Rechtsbeugung wegen angeblicher Devisenvergehen – tatsächlich wegen unerlaubten Veröffentlichungen in der Bundesrepublik – in der DDR angeklagt und verurteilt wurde. Nur Havemanns Freund Wolf Biermann kriegt sein Fett ab, da er 1992 Heym als verloggen beschimpft hatte. Anderen Heym-Kritikern geht es nebenbei noch härter an den Kragen. Die „von Kanzler Kohl auf Linie gebrachte CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ habe „in verblindetem Antikommunismus (und vielleicht auch einer Dosis Antisemitismus?)“ 1994 keinen Beifall für Heyms Parlamentsrede als Alterspräsident gespendet. Na sowas aber auch, verblendeter Antikommunismus und eine Dosis Antisemitismus, da muß aber eine ganz schlimme Truppe im Bonner Bundestag zugange gewesen sein!

Doch nicht nur im Kampf gegen die CDU/CSU entgleisen Kessler die Argumente. Fast immer, wenn der Autor in die Gegenwart ausschweift und seine Ansichten ausbreitet, wird es gruselig. Dafür nur eine Kostprobe: „Im Zeichen einer mit Brachialgewalt in Osteuropa eingeführten ‚Marktwirtschaft‘, die massenhaft Verlierer und massenhaftes Elend erzeugt, erheben Nationalismus und in Sonderheit Antisemitismus wieder das Haupt. Erneut werden Juden für die Missstände des Manchester-Kapitalismus wie für das traurige Erbe des bürokratischen Sozialismus verantwortlich gemacht, wiederum streben einflussreiche

politische Kräfte den Ausschluß von Juden aus der Gesellschaft an. Finden die neuen Demokratien Osteuropas die Kraft zur Überwindung dieser Gefahren? Der Zusammenhang von demokratischer Revolution und Judenemanzipation scheint auch im 21. Jahrhundert noch aktuell.“ Die These, daß der Antisemitismus eine Art Ablenkungsmanöver des Nationalsozialismus von seinen eigentlichen Zielen war, die er „im Auftrag des deutschen Imperialismus“ zu realisieren trachtete, die sogenannte „Sündenbockthese“, stammt aus DDR-Zeiten. In einem der wenigen Beiträge von DDR-Historikern zum Judenmord polemisierte Kurt Pätzold 1980 in einem Sammelband zur „Faschismusforschung“ gegen „Historiker der BRD“, die meinen, „von den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus und Faschismus, Bourgeoisie und NSDAP dadurch wegzulenken zu können, daß sie Rassenwahn und Judenhaß der faschistischen Führungsclique zum gedanklichen Ansatz jedweder Beschäftigung mit der Geschichte des deutschen Faschismus erklären“. Der „faschistische Antisemitismus“, wie Pätzold dies konsequent unter Vermeidung des Begriffs Nationalsozialismus nennt, habe für das Regime eine Funktion als „Revolutionsersatz“ gehabt. „Die Arisierung, das Verschwinden der jüdischen Banken und industriellen Firmen, der jüdischen Warenhäuser, Geschäfte und Läden sollte darüber hinwegtäuschen, daß diese vorgeblich ‚nationalsozialistische Revolution‘ in Wirklichkeit an den Eigentumsverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft nicht einmal gerüttelt hatte“.

Auch Kessler vermeidet es peinlich genau, vom Nationalsozialismus zu sprechen. Er, der sich selbst als „in der DDR aufgewachsenen Historiker“ bezeichnet, bleibt der dort in der frühen Ulbricht-Ära konstruierten Auffassung treu, die Selbstzuschreibung der Nazis sei deswegen abzulehnen, weil der wahre nationale Sozialismus durch die SED repräsentiert werde. Ähnlich plapperte die Vorsitzende

der Partei „Die Linke“ jüngst in einer der vielen Talkshows daher, in der diese Partei fortgesetzt öffentlich-rechtlich zur Meinungsmache herangezogen wird.

In Kesslers Porträt von Ossip K. Flechtheim wird behauptet, dieser habe an der Freien Universität in „Westberlin“ gelehrt. Eine Freie Universität gab es freilich nur in West-Berlin, in „Westberlin“, wie es die SED gerne gehabt hätte, wäre sie kaum möglich gewesen. Doch auch wenn es um Flechtheims Rolle in der Neuen Linken geht, nimmt es Kessler mit der APO in West-Berlin nicht sonderlich genau. So behauptet er ohne Beleg, die ursprünglichen Gründer des Republikanischen Clubs (RC), „waren die Rechtsanwälte Horst Mahler, heute ein Rechtsextremist, und Otto Schily später Bundesminister des Inneren, sowie der Politikwissenschaftler Klaus Meschkat, damals wie heute ein undogmatischer Marxist“. Otto Schily spielte nicht die ihm von Kessler zugeschriebene Rolle des „ursprünglichen“ RC-Gründers. In den Archivalien aus der Gründungsphase des Republikanischen Clubs jedenfalls taucht Otto Schily nicht auf und Schilys Biograph Stefan Reinicke merkt an: „1968 war Schily eine Randfigur der Bewegung, auch als Anwalt.“ Er gehörte „formal nicht zu den Gründungsmitgliedern“, habe aber auf Bitte Horst Mahlers die Satzung des Republikanische Clubs e.V. mit ausgearbeitet. Statt dessen aber waren neben Mahler und Meschkat sowohl undogmatische Linke beteiligt wie Ulrich K. Preuß, Bernhard Blanke, Ossip K. Flechtheim, Hans Magnus Enzensberger, Wolfgang Neuß, Manfred Rexin und Barbara Agnoli sowie deren Mann Johannes, ein Grenzgänger des italienischen Faschismus. Es waren aber auch Grenzgänger des DDR-Staatssicherheitsdienstes dabei wie Dietrich Staritz, Walter Barthel, William Borm und Karl Guggomos. Ganz so einfach läßt sich die reale Geschichte eben doch nicht auf dem geschichtspolitischen Bügelbrett der Partei „Die Linke“ platt machen. Übrigens

kommt Schily auch in den haarkleinen Berichten nicht vor, die Dietrich Staritz alias IM „Erich“ der Stasi über die Vorbereitung der Clubgründung durch die „November Gesellschaft“ lieferte. Kessler muß also ganz besonders konspirative Quellen aufgespürt haben, was die Ursprünge dieses eingetragenen Vereins betrifft. Man wüßte gerne mehr darüber.

Unter Kesslers zwölf beschworenen Grenzgängern des Kommunismus ist Ruth Fischer sein härtester Brocken. An ihr arbeitet er sich mit ganz besonderem Nachdruck ab. Einmal bescheinigt er ihr gleich doppelt gemoppelt, „sie war nicht paranoid und so besorgt sie um ihre persönliche Sicherheit war, litt sie doch nicht an Verfolgungswahn“, dann wieder suggeriert er geradezu das Gegenteil, wenn er Fischer aller möglichen Verschwörungstheorien bezichtigt. In seiner voluminösen Ruth-Fischer-Biographie von 2013, „Ein Leben mit und gegen den Kommunismus“, wird die ehemalige KPD-Führerin für die Zeit ihres Exils in den Vereinigten Staaten eines besonders denunziatorischen und exzessiven Antikommunismus geziehen. Nachdem ihr Lebensgefährte Arkadij Maslow 1941 in Kuba vermutlich von Agenten der sowjetischen Geheimpolizei ermordet worden war, verschärfte Ruth Fischer ihren Kampf gegen die Stalinisten und ihre Mitläufer in den Vereinigten Staaten. Sie habe dann nach Kesslers Meinung vor dem House Committee on Un-American Activities (HUAC) „die Grenzen des Entschuldbaren überschritten“, indem sie ihre Brüder Hanns und Gerhart Eisler als „Mitläufer und Mithelfer Stalins“ dem Zugriff McCarthys und des FBI auslieferte. Was sich dem Autor trotz seiner zahllosen Ruth-Fischer-Zitate offenbar nicht erschließt, ist die Sicht der Antistalinistin auf die Lage in Europa nach der Niederschlagung des Nationalsozialismus. Kessler zitiert Fischer folgendermaßen: „Wer im Jahre 1948 noch denkt, die Hauptfeinde seien nach wie vor die Nazis, hat nicht begriffen, was in den letzten drei

Jahren geschehen ist“. Die Nazis seien „unsere Feinde in Deutschland geblieben“, aber jene Leute seien in eine Sackgasse geraten, „die die Ähnlichkeit zwischen den Nazis und der Stalinschen Machtmaschine nicht begriffen haben und die, auch wenn sie stalinistische Methoden ablehnen, politisch mit dem stalinistischen Rußland übereinstimmen“. Das sei, meint Kessler „eine unzulässige Verallgemeinerung“. Ruth Fischer habe „die rationale Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch eine Verschwörungstheorie“ ersetzt, und er kommt zu dem Schluß, sie sei entgegen ihren späteren Beteuerungen „damals nicht nur eine Antistalinistin, sondern eine aktive Antikommunistin, wenn auch eigener Art“ gewesen. Ja er wirft ihr sogar vor, Kommunisten „des Menschseins“ entkleidet zu haben.

Mit „Jenseits des Antikommunismus“ ist das Kapitel überschrieben, in dem Kessler die „politische Neuorientierung“ Ruth Fischers zu beweisen sucht, und mit „Zurück zum Kommunismus?“ das Kapitel über ihre letzten Lebensjahre von 1956 bis 1961. In einem Brief an Fischers früheren Intimfeind Heinrich Brandler, für dessen Entmachtung als KPD-Chef sie 1923 mit gesorgt hatte, schrieb Isaac Deutscher 1956: „Die Renegatin möchte wieder zur Ketzerin werden.“ Ruth Fischer habe ihm eingestanden, „dass sie sich in vielerlei Hinsicht geirrt hatte“. Das war zweifelsohne der Fall, doch bezog sich diese Äußerung sicher nicht auf ihre Grundüberzeugung als Marxistin. Als Richard Nixon sie am 6. Februar 1947 vor dem Untersuchungsausschuß des Kongresses fragte, ob sie „noch immer Sympathie mit der marxistischen Philosophie und mit den Zielen, die der Kommunismus zu vertreten vorgibt“ hege, und nur die stalinistischen Methoden ablehne, wich sie dem ersten Teil der Frage aus, indem sie betonte, es gehe jetzt darum, „ein Stalinsches Weltreich, das sich anschickt, in vielen Ländern Fuß zu fassen“ und „dessen terroristische Me-

thoden“ zu bekämpfen, „um diese Bewegung zu stoppen“.

Am Ende gemeindet Kessler dann Ruth Fischer großzügig wieder in die Linksparteiwelt ein: „Als demokratische Sozialistin entsagte sie den Verschwörungstheorien. Sie kehrte, wenn auch spät, zur Humanität zurück, die sie 1914 gezeigt hatte, als die Umwelt dem Kriegstaumel verfiel.“ Man bemerkt die Absicht und ist verstimmt. Liest man Kesslers quellengesättigtes Buch indes gegen den interpretatorischen Strich des Verfassers, läge eine andere Deutung der Biographie nahe. Ruth Fischer selbst erklärte gegenüber Sebastian Haffner: „Halten sie mich nicht für eine Antikommunistin, ich bin es nicht“. Sie war ohne Zweifel nach ihren schlimmen Erfahrungen eine linke Antistalinistin geworden, die mit härtesten Bandagen gegen ihre kommunistisch-stalinistischen Brüder – ihre leiblichen und die ehemaligen Gesinnungsbrüder – vorging. Als jedoch Nikita Chruschtschow die Abkehr von Stalin und seinen Methoden verkündete, setzte sie auf einen Neuanfang im kommunistischen Lager, an dem sie auch selbst teilhaben wollte. Harald Wessel, der 1959 als Korrespondent des *Neuen Deutschland* im Mai 1959 an einem Kongreß des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) „gegen Restauration und Militarismus“ teilnahm, hat das vor zwei Jahren in einem Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bezeugt. Er saß nämlich auf diesem Kongreß zwei Tage lang direkt neben Ruth Fischer, die damals unter anderem im theoretischen Organ des SDS *neue kritik* publizierte. Sie habe ihn gleich am ersten Tag gebeten, Walter Ulbricht die Botschaft zu übermitteln, daß sie noch einmal auf dem Leipziger Augustusplatz eine Rede halten wolle. Wessel telefonierte nach Berlin und der damalige Chefredakteur des *Neuen Deutschland* Hermann Axen informierte Ulbricht vom Anliegen der früheren KPD-Chefin. „Und was will

Ruth Fischer in Leipzig sagen?“, habe dieser daraufhin lakonisch gefragt. Wessel wurde aufgetragen, diese Frage am nächsten Kongreßtag Ruth Fischer zu stellen. „Nichts gegen die DDR. Das kannst du übermitteln“, lautete ihre Antwort. Natürlich durfte sie dennoch nicht in Leipzig reden.

Kesslers Ruth-Fischer-Biographie enthält für den genauen Leser im mäandernden Text und im umfangreichen Fußnotenapparat jedoch eine ganze Reihe von *Sidekicks*, die es in sich haben. So ist dort zu erfahren, daß der spätere Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Robert Kempner sich im August 1943 als „Special Agent“ des FBI auch zu Bertolt Brecht geäußert haben soll. Es ist weiterhin zu erfahren, daß Ruth Fischers letzte Privatsekretärin in Paris Ursel Lorenzen hieß. Sie teilte Klaus Meschkat am Morgen des 13. März 1961 am Telefon mit, Ruth Fischer sei in der Nacht einem Herzinfarkt erlegen. Der junge SDS-Mann hatte sich noch am Vortag ausführlich mit Ruth Fischer unterhalten. Ob Ursel Lorenzen alias IM „Michele“, die später als Stasi-Spionin im NATO-Hauptquartier berühmt wurde, bereits zu dieser Zeit für das MfS arbeitete, ist nicht ganz klar. Ihre Karteierfassung bei der HVA erfolgte laut Georg Herbstritt 1961. Verschwörungstheoretisch betrachtet wäre das angesichts des plötzlichen Todes von Ruth Fischer ein interessanter Bezug. Bemerkenswert auch ein Fußnotenhinweis auf eine Äußerung des sonst vom Linksparteitroß gerne herbeizitierten Thomas Mann. Er bezeichnete das Sowjetsystem 1940 nach dessen Überfall auf Finnland als „nazistisch gewordener Bolschewismus“.

Obwohl eine ganze Riege von späteren DDR-Kommunisten den Nationalsozialismus als Exilanten in den Vereinigten Staaten überlebte, stellt Kessler dem Land, wo er nur kann, ganz schlechte Zensuren aus. „Im Unterschied zu den damaligen USA waren in Großbritannien die rechtsstaatlichen Normen nicht außer

Kraft gesetzt“, meint er und sichert sich mit einer Fußnote davor ab, nicht des Guten zu viel über Großbritannien zu sagen: „Dies bezieht sich auf das Vereinigte Königreich nicht auf seine damaligen Kolonien.“ Das Urteil über die Außerkräftsetzung rechtstaatlicher Normen fällt im Zusammenhang der Flucht Gerhart Eislers aus den Vereinigten Staaten. Er war dort 1947 wegen „Mißachtung des amerik. Kongresses und Paßfälschung“ zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt worden, kam aber gegen eine Kaution von 20 000 Dollar rasch wieder auf freien Fuß. Nach dem Scheitern der Revisionsverfahren vor mehreren Instanzen flüchtete er im Mai 1949 auf einem polnischen Dampfer nach Großbritannien. Da er sich, als das Schiff in Southampton anlegte, weigerte, dieses zu verlassen, trugen ihn englische Polizisten an Land und nahmen ihn in Untersuchungshaft. Ein Gericht lehnte seine Auslieferung an die Vereinigten Staaten ab und setzte ihn auf freien Fuß. Am 1. Juni 1949 bereitete man ihm in Ost-Berlin einen großen Empfang und machte ihn wenig später zum Mitglied des Parteivorstandes der SED und Chef des DDR-Informationsamtes. Der von Kessler wohlwollend zitierte Geheimdienstforscher Alexander Stephan hat aus freigegebenen FBI- und CIA-Akten die Beschattung nahezu aller deutschen Exilschriftsteller nachgewiesen. Unter den Überwachten befanden sich auch prominente Autoren mit recht unterschiedlichen Weltanschauungen wie Bertolt Brecht, Thomas Mann und seine Kinder, Alfred Döblin, Oskar Maria Graf, Hans Machwitza, Ernst Bloch, Franz Werfel und sogar Carl Zuckmayer, der selbst für das Office of Strategic Service (OSS) gearbeitet hat. Aber was wurde ihnen angetan? Stephan kommt zu dem Ergebnis: „Interniert bzw. inhaftiert wurde einzig der KP-Funktionär Gerhart Eisler“. Laut *Wer-war-wer in der DDR* hat Gerhart Eisler in den Vereinigten Staaten nicht nur als KPD- und Komininternfunktionär gearbeitet, sondern auch die Residentur des sowjetischen Mili-

tärnachrichtendienstes GRU geleitet. Die Verurteilung Eislers wegen Spionage wäre demnach keineswegs ein Beleg dafür, daß in den Vereinigten Staaten „die rechtsstaatlichen Normen außer Kraft gesetzt“ waren. Nebenbei bemerkt wurde die Communist Party USA selbst in der McCarthy-Ära nicht verboten.

Die historischen Zusammenhänge der linkskommunistischen Vorgeschichte Ruth Fischers und ihrer Parteifreunde und innerparteilichen Feinde untersucht Marcel Bois in seiner Gesamtdarstellung der linken Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zweitgutachter dieser umfangreichen Dissertation war Mario Kessler. Gleichwohl fällt diese Arbeit ungleich sachlicher aus als die beiden oben besprochenen Bände. Zur Rückversicherung erläutert Bois den Titel seines Buches „Kommunisten gegen Hitler und Stalin“ allerdings in einer Fußnote folgendermaßen: „Allerdings möchte ich keinerlei Art von Totalitarismustheorie reproduzieren. Hierzu schließe ich mich der Einschätzung von Ian Birchall an. Er schrieb über die Subsumtion von Faschismus und Stalinismus unter den Begriff des ‚Totalitarismus‘: ‚Auf moralischer Ebene kann man dem nicht widersprechen, es wäre schwierig zu beurteilen, ob Hitler oder Stalin der bössere Tyrann war. Aber als Mittel des Verständnisses ist der Begriff wenig brauchbar; Faschismus und Stalinismus hatten sehr verschiedene Ursprünge und wirkten auf sehr unterschiedliche Weise.‘ Ian Birchall: Viktor Serge. Bolschewismus und Antistalinismus, in: Theodor Bergmann und Mario Kessler (HG.): *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*, Hamburg 2000, S. 242-260, hier 253.“ Ausgerechnet Viktor Serge, ein bekennender Kommunist gegen Hitler und Stalin, soll hier für die Unbrauchbarkeit der Totalitarismustheorie herhalten. Dabei analysierte Serge schon in seinen Anfang 1943 fertiggestellten „Erinnerungen eines Revolutionäres 1901-1941“ die Sowjetunion der dreißiger Jahre als totalitär:

„Der totalitäre Staat beruht auf einem so vollkommenen System der Überwachung und der inneren Spionage, daß jede Verschwörung unmöglich war.“ Viktor Serge saß von 1933 bis 1936 in GPU-Haft und entrann im Unterschied zu seinen russischen Freunden dank einer massiven Solidaritätskampagne französischer Intellektueller um Romain Rolland und André Gide dem – wie er es nannte – „Mechanismus der Ausrottung“. Die im Kontext der Moskauer Prozesse erfolgte kommunistische Propaganda gegen Trotzisten, Spione, Agenten und Feinde des Volkes, „dieser als ununterbrochenes Hetzgeschrei wohlorganisierte Wahnsinn in den Zeitungen, dem Rundfunk, den Versammlungen, den Büchern sogar,“ stand für Serge, „seiner psychologischen Natur nach, genau auf demselben Niveau wie die Nazi-Agitation“. Und: „Die neuen totalitären Methoden, den Geist der Massen zu beherrschen, übernehmen die Verfahren der großen kommerziellen Werbung und fügen ihnen, auf irrationalen Gründen, eine rasende Gewalttätigkeit hinzu.“ Und: „Der Nazismus richtete sich ein, indem er den Marxismus nachahmte, den er verfluchte.“ Das alles, geschrieben nachdem sich Viktor Serge im letzten Moment vor den Häschern Hitlers und Stalins ins mexikanische Exil gerettet hatte, das also soll zum Verständnis der beiden Terrorregime „wenig brauchbar“ sein? „Wenig brauchbar“ auch das acht Jahre später erschienene Hauptwerk Hannah Arendts *The Origins of Totalitarianism*? Sicher wenig brauchbar für die Zwecke der Partei „Die Linke“ und ihres wissenschaftlichen Braintrusts, aber sonst sehr brauchbar.

Doch zurück zu den „Kommunisten gegen Hitler und Stalin“. Wie es sich für Leute, die sich im Besitz der Wahrheit wähnen, gehört, bekämpfte Ruth Fischers linke Parteiführung der KPD 1925 ihre ultralinken Kontrahenten und drängte sie aus allen wichtigen Parteiämtern. Die Linken gingen sich 1925 nach der für sie katastrophalen Niederlage in der Kampa-

gne zur Reichspräsidentenwahl gegenseitig an den Kragen. Durch das Festhalten an ihrem eigenen Kandidaten Ernst Thälmann hatte die KPD dafür gesorgt, daß der Kandidat des bürgerlich-sozialdemokratischen Lagers Wilhelm Marx die Wahl gegen den greisen Monarchisten Paul von Hindenburg verlor, der später Hitlers Machtübernahme begünstigte. Thälmann erhielt 1,9 Millionen Stimmen, Marx 13,8 und Hindenburg 14,7 Millionen. Die SPD-Zeitung *Vorwärts* machte danach mit der Schlagzeile auf: „Hindenburg von Thälmanns Gnaden!“. Zu den Ultralinken, die Fischer entmachtete, gehörte seinerzeit der oben bereits erwähnte Arthur Rosenberg, der sich später im Exil wieder der Sozialdemokratischen Partei annäherte. Marcel Bois beschreibt auf der Grundlage einer weitverzweigten Sekundärliteratur und wichtiger Archivalien aus dem ehemaligen SED-Geheimarchiv, die heute im Bundesarchiv (SAPMO) zugänglich sind, wie die linke KPD-Opposition in zahlreiche Kleingruppen zerfiel und eigentlich schon dadurch alle Chancen im Kampf gegen Hitler und Stalin verspielte.

Neben der Politik- und Organisationsgeschichte enthält der Band auch eine detaillierte sozialgeschichtliche Analyse der Linken Opposition. Unter anderem kommt dabei heraus, daß der Frauenanteil unter den Linkskommunisten bei 12,9 Prozent lag, obwohl unter ihren Führungsfiguren neben Ruth Fischer noch einige weitere damals recht bekannte kommunistische Politikerinnen wie die ehemalige Reichstagsabgeordnete Maria Backenecker eine Rolle spielten. Die größte Zahl der Linkskommunistinnen lebte in Berlin, auch in der Pfalz kann der Autor einen etwas höheren Anteil als im Restreich nachweisen. Ansonsten aber beteiligten sich nur ganz wenige Frauen an den linkskommunistischen Oppositionsgruppen. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 kamen die Linken Kommunisten mit 80 230 Stimmen auf 0,26 Prozent. Im Anhang enthält der

Band ein Glossar mit Kurzbeschreibungen von 34 Randgruppen, die sich in der Weimarer Republik zeitweilig links von der KPD gebildet hatten. Im letzten Satz des Buches bezeichnet Bois schließlich seinen Untersuchungsgegenstand als letztlich „unbedeutende linke Kleinpartei“. Doch auch Kleinvieh macht nach einer alten Bauernweisheit viel Mist. Mit der 613 Seiten starken Dissertation hat der Autor die ältere Literatur zur Linken Opposition um wichtige neuere Archivquellen ergänzt. Da er aber nur die Linkskommunisten in und aus der KPD untersucht, fallen ihm andere linkskommunistische und anarchokommunistische Strömungen aus dem Analyseraster. So findet der populäre sächsische Aufstandsführer Max Hoelz, der schon 1933 in der Sowjetunion auf fragwürdige Weise ums Leben kam, im ganzen Buch keine Erwähnung. Auch die KAPD fällt aus dem Blickfeld der Untersuchung, obgleich sie in der tabellarischen Auflistung „Linkskommunistischer Bücher und Broschüren“ mit dem wichtigen Thema „Von der Revolution zur Konterrevolution. Rußland bewaffnet die Reichswehr“ auftaucht. Eine im Buch enthaltene unvollständige Liste der aus politischen Gründen ermordeten Linkskommunisten weist 15 Opfer des Stalinismus und 26 Opfer des Nationalsozialismus aus. Nach dem Krieg lebten 56 von 170 dem Autor namentlich bekannte Linkskommunisten in der Bundesrepublik, 35 in der DDR. Der von Bois konstruierte „idealtypische Lebenslauf eines linksoppositionellen Kommunisten“ sieht folgendermaßen aus: „Er war männlich, hieß mit Vornamen Karl, wurde 1894 geboren und gehörte der Arbeiterklasse an. Vor dem Ersten Weltkrieg schloß er sich der Sozialdemokratie und einer Gewerkschaft an. Er beteiligte sich an der Revolution und kam 1920 über die USPD zur Kommunistischen Partei. Um 1925 wurde er Unterstützer der linken Opposition und deswegen 1926/27 aus der KPD ausgeschlossen. Mit großer Wahrscheinlichkeit war er im Anschluss Mitglied des Leninbun-

des. Wenn er Krieg und Faschismus überlebte, dann verbrachte er seinen Lebensabend in der Bundesrepublik, wo er schließlich 1968 starb.“ Schade eigentlich, denn in dieser Zeit kam der Linkskommunismus unter jungen westdeutschen Aufrehrern gerade wieder groß in Mode.

Mit einem anderen Ansatz betrachtet Doris Danzer die Biographien von kommunistischen Künstlern der gleichen Alterskohorte im Exil und der Nachkriegszeit. Die Autorin entfaltet ihre Untersuchung nicht entlang der Fragestellung nach Vertrauen oder Verrat, sie stellt den Begriff der Freundschaft ins Zentrum ihrer sozial- und kulturhistorischen Studie. Folgerichtig sind nicht Partei- und Geheimdienst Dokumente, sondern Briefe aus den Nachlässen von Willi Bredel, Wieland Herzfelde, Anna Seghers und anderen die gewichtigere Grundlage ihrer Darstellung. Dabei stellt sie einleitend klar, daß es sich bei den untersuchten Freundschaften nicht um solche der üblichen Art handelt, sondern um die freundschaftlichen Beziehungen „zwischen Parteintelletuellen“. Diese aber würden im Unterschied zur Beziehung zwischen zwei Akteuren der Freundschaft „von einer dritten Konstante maßgeblich beeinflusst, die in den meisten idealtypischen Definitionen unbeachtet bleibt: von der Kommunistischen Partei.“ Leider bleibt die Autorin nicht beim Begriff des „Parteiintellektuellen“, sondern verwirft die klassische Definition „des französischen Intellektuellen“, um sich der seltsamen Idee Thomas Krolls anzuschließen, nach der Intellektuelle all jene Personen seien, „denen man in einem bestimmten historischen Kontext die spezifische Funktion zuschreibt, Wissen, Theorien, Ideen oder auch Meinungen zu Problemstellungen von allgemeiner Bedeutung schöpferisch hervorzubringen und/oder öffentlichkeitswirksam zu verbreiten, und die auf diese Weise die Weltbilder und Ideensysteme der gesamten Gesellschaft oder auch einzelner politisch-sozialer Bewe-

gungen ihrer Epoche prägen“. Nach dieser Definition wäre nicht nur jeder halbwegs begabte Journalist ein Intellektueller, sondern auch der ein oder andere Vordenker rassistischer oder kommunistischer Massenmorde. In diesem Sinne wendet die Autorin den Begriff des „kommunistischen Intellektuellen“ ganz allgemein auf alle an, die irgendwie in der kommunistischen Bewegung mit dem Kopf arbeiten. Da ist dann gar von der „intellektuellen Gründungsgeneration der DDR“ die Rede, mit der Nachgeborene wie der Schriftsteller Karl-Heinz Jakobs aneinander geraten seien. Jakobs rechnet die Autorin zu „einer Generation von ostdeutschen Intellektuellen, die sich weder in den Lebens- und Erfahrungshintergrund ihrer Vorgänger, der Kriegs- und Exilgeneration, hineinendenken, noch deren Zwänge erkennen konnte, denen sie in den Aufbaujahren der DDR unterworfen waren“. Das freilich trifft gerade für Karl-Heinz Jakobs nicht zu, der in mehreren seiner Romane eine kritische aber auch sensible Deutung der DDR-Aufbaugeneration anbietet.

In Danzers Untersuchung changiert der Begriffsapparat zwischen Parteiintellektuellen, Parteiintelligenz, linker Intelligenz, linksintellektuellen Emigranten, ostdeutschen Intellektuellen und kommunistischen Intellektuellen. Seltsamerweise fehlt das Standardwerk von Michael Rohrwasser, *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*, in Danzers umfangreichem Literaturverzeichnis. Rohrwasser hat in seiner Untersuchung aber das, was Danzer mit dem Begriff „widerspruchsvoll“ umschreibt, präzise auf den Begriff gebracht. „Der Verrat ist jedoch bereits im Intellektuellen angelegt, der seine bürgerliche Klasse ‚negiert‘, als Intellektueller aber dem Prinzip der Wahrheit verpflichtet bleibt. [...] Die Partei muß nicht die Schuld des Intellektuellen beweisen, sondern dieser hat seine Schuldlosigkeit nachzuweisen.“ Trotz des von ihr favorisierten entgrenzten Verständnisses dar-

über, wer nun eigentlich zu den Intellektuellen zu rechnen sei, legen die freundschaftstheoretischen Mikrostudien Doris Danzers offen, daß es den von ihr so bezeichneten „kommunistischen Intellektuellen“ nur in Ausnahmefällen möglich war, langjährige Freundschaften auch gegen Parteioktroi und Kadergehorsam weiter aufrechtzuerhalten.

Alexander Abusch kannte noch in seinen 1981 erschienenen Memoiren kein Pardon für Gustav Regler, der sich 1939 von der KPD getrennt und den Hitler-Stalin-Pakt öffentlich kritisiert hatte. Am Beispiel Reglers habe sich gezeigt, „daß Freunde von gestern zu Feinden von heute werden konnten“. Wer in der DDR „die Freunde“ waren, die man sich nicht ausgesucht hatte, wußte jeder, egal ob es im ernstesten Sinne oder im ironischen Sprachgebrauch geäußert worden ist, und fast jeder DDR-Jugendliche machte schon früh die Erfahrung, daß der FDJ-Gruß „Freundschaft“ eine hohle Phrase war. „Freundschaft gehörte neben dem Antifaschismus zum Gründungsmythos der DDR“, so Doris Danzer. Unter Kommunisten endeten Freundschaften in der Regel flugs, wenn einer es wagte, den Weg der Linientreue zu verlassen und offen gegen die jeweiligen Parteioberen zu rebellieren. Dann war Schluß mit lustig. So handelte auch Anna Seghers, die ihre Freundschaft mit ihrem langjährigen Übersetzer Nico Rost, einem ehemaligen KZ-Häftling und Autor des Buches *Goethe in Dachau* (Vorwort Anna Seghers), beendete, nachdem dieser die kommunistischen Diktaturen im Ostblock kritisiert hatte. Auch die Freundschaft mit Lew Kopelew endet für Anna Seghers nach dessen Kritik an der Sowjetunion. Am Ende stellte Anna Seghers nach Auffassung von Doris Danzer „letztlich den Wert der Parteitreue über den der zwischenmenschlichen Beziehungen“. Das galt noch mehr für Wieland Herzfelde und Willi Bredel, die der Partei sogar eisern die Treue hielten, als sie selbst von ihr gemäßregelt und kujoniert worden

sind. Im Sommer 1957 folgten Willi Bredel, Anna Seghers, Bodo Uhse und Helene Weigel der Aufforderung, als Zuschauer an dem Schauprozeß gegen Walter Janka und andere teilzunehmen. Unter ihnen saß auch der geheime Stasi-Informant „Kurt“ – das war Klaus Gysi – der sich „über ihre Gefühlsregungen detaillierte Notizen“ machte. Nach Jankas Verurteilung nahm Gysi seine Stelle als Chef des Aufbau-Verlages ein. Völlig zu Recht fühlte sich Walter Janka von Anna Seghers verraten, da sie ihm 1957 nicht gegen die haltlosen Anschuldigungen des DDR-Generalstaatsanwaltes Ernst Melsheimer, ein ehemaliges Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, helfend zur Seite gesprungen war. Seghers und Janka hatten vor 1945 im mexikanischen Exil eng zusammen gearbeitet, Janka gehörte dort zur Leitung der KPD-Organisation und Anna Seghers zu deren rund 100 Mitgliedern.

Obwohl die Autorin im Rahmen der Biographien ihrer drei Hauptprotagonisten zahlreiche Beispiele für die Entfremdung und Freundschaftsbrüche aus politischen Gründen schildert und den kommunistischen Freundschaftsbegriff der Unglaubwürdigkeit überführt, entscheidet sie sich letztlich für den Begriff der Ambivalenz zwischen „Solidarität und Vertrauen“ einerseits und „Mißtrauen und Verrat“ andererseits, um die „Freundschaft zwischen deutschsprachigen kommunistischen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts“ zu charakterisieren. Es habe „die Möglichkeit von Freundschaft ebenso wie die Unmöglichkeit“ bestanden, da „zwischen der Kommunistischen Partei und den Intellektuellen [...] der absolute Gefolgschaftsanspruch dem Bedürfnis nach individuellem Gestaltungsspielraum in der Freundschaft entgegen“ stand. Es habe „kaum Ehen oder Liebesbeziehungen unter kommunistischen Intellektuellen, in denen die politische Überzeugung nicht übereinstimmte“ gegeben, und das habe auch für reine Frauen- und Männerfreundschaften gegolten.

Am Ende widerspricht die Autorin indirekt ihrer eigenen Ambivalenz-These, wenn sie schreibt: „Alle sozialen Beziehungen Willi Bredels, Wieland Herzfeldes und Anna Seghers“ wurden unter politischen Vorzeichen gepflegt.“ Etwas irreführend ist am Ende das Untertitelversprechen der Autorin dann doch. Das Sample der von ihr untersuchten Biographien ist zu klein, um dem Thema „Deutschsprachige kommunistische Intellektuelle und ihre sozialen Beziehungen (1918–1960)“ gerecht werden zu können. Wichtige biographische Konstellationen kommen im Buch nicht oder nur am Rande vor, und die Biographien Bredels, Seghers‘ und Herzfeldes sind gerade nicht exemplarisch dafür, was „kommunistische Intellektuelle“ unter kommunistischen Diktaturen angetan worden ist, wenn sie sich weigerten, ihre Häupter vor den jeweiligen Politbürokraten zu verneigen und sich deren Machenschaften widersetzt haben.

Die hier besprochenen Arbeiten der neueren Kommunistenforschung haben zweifelsohne mit großem Fleiß einige Wissenslücken geschlossen. Angesichts der Flut ähnlicher biographischer Werke aus dem linken und linksliberalen Mainstream der DFG-Welt tritt freilich eine Wissenslücke um so deutlicher zutage. Im Unterschied zur NS-Forschung finden sich in der Kommunistenforschung nur wenige profunde Untersuchungen zu den Biographien von kommunistischen Tätern und Menschenchindern. Die Beweggründe dieser Kommunisten, die sich an Massenverwaltungsverbrechen aller Art und sogar an Massenmorden beteiligt haben, harren nach wie vor der wissenschaftlichen Aufklärung. Eine Vereinnahmung zur Aufhübschung der Ahnentafel für „Die Linke“ ist mit diesen Altvorderen freilich kaum möglich.

Jochen Stadt

Simon, Jana: Sei dennoch unverzagt. Berlin: Ullstein Verlag 2013, 288 Seiten, 9,99 €.

„Gespräche mit meinen Großeltern Christa und Gerhard Wolf“ lautet der Untertitel dieser durchaus anregenden Lektüre, welche der Autorin und Journalistin Jana Simon, Jahrgang 1972, zu verdanken ist. Ganz im Sinne Bert Brechts hat sie den Erfahrenen ihr Wissen abverlangt. Es hätte den geführten Gesprächen zugute kommen können, daß Jana Simon als Enkelin des Schriftstellerpaares einen unvermittelten Zugang zu ihren Gesprächspartnern hat. Unverblümt fallen Stichworte zu intimen Themen wie Freundschaft, Liebe und Sexualität. Skeptisch äußern sich die beiden Wolfs zu Phänomenen wie zum Beispiel der „Loveparade“. Bei fortschreitender Lektüre erweist es sich dann allerdings, daß diese Chance einer glücklichen Konstellation bedauernswerterweise nicht wirklich ausgeschöpft wurde.

Naturgemäß lebt das Gespräch von wechselseitigen Anregungen, die ein gemeinsames Thema abarbeiten. Mäandernd nähern sich die beiden Wolfs und ihre Enkelin den unterschiedlichsten Themen an, denen sich das arbeitsame Leben eines Schriftstellerehepaars in der DDR ausgesetzt sah. Das rein Private mischt sich in diesem konkreten Falle einmal mehr mit dem Politischen. Die unmittelbaren historischen Zeitläufte wie Hitlerzeit, Krieg, Nachkriegsjahre und der Beginn der DDR schlagen sich unmittelbar in den dargestellten Lebensläufen nieder. Beide Wolfs waren in ihrer Jugend zutiefst von den Kriegswirren und der Niedertracht einer Naziideologie irritiert. Unter ärmlichsten Umständen hatten beide im Juli 1951 geheiratet und waren hochmotiviert, bei der Errichtung eines neuen Deutschlands nicht abseits zu stehen. Beiden Wolfs erschien, um den Ungeist des Nationalsozialismus aus der Welt zu schaffen, der Aufbau des Sozialismus als der konsequenteste Weg. Er stellte für sie kein abstraktes Ideal dar,

sondern bildete eine ganz konkrete Möglichkeit, unmittelbare Änderungen im Leben und in den Lebensverhältnissen vorzunehmen. Die beiden Wolfs schildern, wie sie alle damit verbundenen Erscheinungen mittrugen. So hatten sie zum Beispiel die ideologischen Vorgaben eines „sozialistischen Realismus“ in der Kunst bierernst durchdiskutiert. Die Enkelin aus einer anderen Zeit in einer anderen Welt fragt nach: „Gab es auch Leute, die sagten: Das ist alles Quatsch!“ – „Sicher gab es die, die waren aber nicht in unserem Umfeld. Zum Teil gingen die in den Westen“.

Bei Antworten wie dieser hätte es sich gelohnt, weiter nachzufragen, um eine kritische Reflexion in Gang zu setzen. Somit durchzieht eine Geistervokabel wie „der Westen“ unhinterfragt alle Gespräche und weist unfreiwillig auf eine merkwürdige Fixiertheit hin, die allem für sich in Anspruch genommenen Selbstbewußtsein widerspricht. Als im Anschluß an die Ausbürgerung des Liedermachers und kritischen Kommunisten Wolf Biermann im Herbst 1976 viele DDR-Schriftsteller, Künstler und Schauspieler keine Möglichkeiten mehr gesehen hatten, in der DDR zu arbeiten, flakerte auch beim Schriftstellerehepaar Wolf die Frage auf: „gehen oder bleiben?“. Im Unterschied zu mehreren Millionen ihrer Landsleute stand für Christa Wolf fest: „Westdeutschland kam nicht in Frage“. Warum eigentlich? Bloß wegen der Vertriebenenverbände? Und noch in ihren Gesprächen mit der Enkelin verbindet Christa Wolf einen Erkenntnisgewinn über Vorgänge der Wendezeit mit der Feststellung: „Die erste große Demonstration, bei der ‚Wir sind ein Volk!‘-Schilder auftauchte, wurde mächtig von bayerischem Bier gesponsert“.

Dabei hatte Christa Wolfs naiver Idealismus bereits frühzeitig Enttäuschungen und Rückschläge erfahren. 1950 hatte sie als Wahlhelferin erlebt, daß die sogenannten freien Wahlen schamlos manipuliert worden waren. Sie beruhigte sich

mit der verordneten Zuversicht: „Und wir dachten, das sind alles im Klassenkampf bewährte Genossen, es kann nicht sein, daß sie unrecht haben. Dann muß es wohl so sein“.

Ein gleichsam religiöser Glaube an die Erfahrung der Genossen fand sich in der DDR landesweit auf großen Plakaten propagiert: „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist“. Derartige Verlautbarungen bilden die Keimzelle eines dichotomischen Weltbildes. Nicht zuletzt im heutigen Rußland kann man die Langlebigkeit dieser Denkungsart feststellen. Läuft etwas schief, sind die „ausländischen Gegner“ dafür verantwortlich. Die Feinde im Ausland sind zugleich auch immer jene, welche die Gegner im eigenen Land finanzieren und unterstützen. Von daher ist bei Christa Wolf völlig selbstverständlich von „Kampagne“ die Rede, wenn sie, tief verletzt, auf den sogenannten Literaturstreit der neunziger Jahre zu sprechen kommt. Dem *Nachdenken über Christa T.* war leider kein Nachdenken darüber gefolgt, warum man mit seinem Festhalten an einem Land, in welchem „Republikflucht“ ein Straftatbestand war, gelinde gesagt für Verwundung sorgt.

Der vorliegende Band enthält fünf Gespräche, welche im Zeitraum zwischen dem 22. August 1998 und dem 18. Mai 2008 entstanden sind. Ein sechstes und abschließendes Gespräch fand am 18. Juli 2012 ohne die inzwischen verstorbene Christa Wolf statt. Die bereits vorliegenden Porträts von Christa Wolf erfahren durch diese Gespräche aufschlußreiche Ergänzungen. Ob der ihr von Freunden und Gönnern zugebilligte Titel einer „Jahrhundertsschriftstellerin“ angebracht ist, entscheiden die Leser ihrer Werke.

Volker Strebel

Blank, Bettina: „Deutschland – einig Antifa?“ „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten (Extremismus und Demokratie, hrsg. v. Uwe Backes und Eckhard Jesse, Bd. 28), Baden-Baden: Nomos 2014, 412 Seiten, 69 €.

Wer Bettina Blanks vierhundert Seiten zum „Antifaschismus“ auf einen Satz durchliest, beginnt zu verstehen, warum der eine oder andere „Antifaschist“ durch die übermäßige Beschäftigung mit seiner paranoiden Feindbildproduktion als tragischer Fall in psychiatrischer Behandlung landet. Wer andererseits der Autorin darin folgt, daß die verschiedenen Spielarten des linksextremistischen „Antifaschismus“ in erster Linie ein Bündel von Delegitimierungsstrategien gegen die Demokratie darstellen, der wird verstehen, daß manche kühl kalkulierenden Aktivisten ihr Agieren völlig unbeschadet wegstecken: Sie stören sich nicht an der offensichtlichen ständigen Diskrepanz zwischen erklärten und tatsächlichen eigenen Zielen und auch nicht daran, daß ihr Treiben sowohl das Verständnis als auch die notwendige Prävention des real existierenden Rechtsextremismus um einhundert Prozent verfehlt. Mit dem daraus erwachsenden Frust müssen denn wohl allenfalls die gutgläubigen Idealisten – auch sie wird es im Linksextremismus geben – irgendwie zurechtkommen.

Die geballte Wucht von vierhundert Seiten quellengestützter Untersuchung des „Antifaschismus“ ist gleichwohl erhellend. Erste Entdeckung: Linksextremisten kennen zur Bekämpfung dessen, was sie zu Rechtsextremismus erklären, nur das Konzept „verhindern“, rechtlos stellen, verbieten. Rechtsextreme, so heißt es in einer von Blank zitierten Autonomenschrift, müßten „konsequent aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Für Nazis keine Wohnung, keine Arbeit, keinen Alltag: Nazis raus!“. Denkt man dieses Modell konsequent zu Ende, wird es ohne Lager für als „rechts“ Verdächtige nicht gehen können. Das wäre –

gesellschaftliche Akzeptanz oder mindestens Duldung vorausgesetzt – im Sinne des Linksextremismus. Denn der zielt in erster Linie auf den Abbau von Rechtsstaatlichkeit, um Wege zu öffnen für eine Ordnung, die bei Grund- und Menschenrechten grundsätzlich mit parteiischen, doppelten Standards mißt – eine Diktatur mithin, die ausgerechnet das verwirklicht, was dem Rechtsextremismus gerne als zentrale Eigenschaft zugeschrieben wird: eine Ideologie der – in diesem Fall „antifaschistisch“ begründeten – rechtlichen Ungleichwertigkeit.

Zweite Entdeckung: Linksextreme „Antifaschisten“ haben keinen Begriff von der Komplexität der Ursachen von Rechtsextremismus und daher auch keine differenzierte Idee, wie man ihm gesellschaftlich begegnen könnte. Beides benötigen sie aus ihrer Sicht wohl auch nicht, denn ihr eigentlicher Angriff gilt der bürgerlichen Demokratie. Historische Fakten und aktuelle Entwicklungen stören in einem solchen final konzipierten Konstrukt nur.

Die daraus erwachsenden Widersprüche sind für kalkulierende Linksextremisten sehr wohl aushaltbar: „Antifaschismus“ ist ein Tool zur Delegitimierung und zum Sturz des „Systems“, weiter nichts. Bei seinem Einsatz ergab sich nach dem Aufschwung eines realen Rechtsextremismus nach 1990 und erst recht nach der Entdeckung des Rechtsterrorismus 2011 die angenehme Situation, daß man nicht mehr genötigt war, eine angeblich ständige „Rechtsentwicklung“ – so der orthodox-kommunistische Tenor zur Beschreibung westlicher Demokratien seit 1945 – umständlich zu begründen.

Bettina Blank hat die breitgefächerten, oft arbeitsteiligen Vorgehensweisen unterschiedlicher Spielarten des Linksextremismus beim Umgang mit dem Thema gründlich dargestellt. Sie stellt praktisch alle gängigen Formen des mehr oder weniger militanten „antifaschistischen“ Bandenkriegs dar – vom „Nazi-Outing“ bis zur Konfrontationsgewalt auf der

Straße. Und sie notiert mehr als ein Dutzend Arbeitsfelder „antifaschistischer“ Geschichtsumdeutung. Es gehe dabei, zitiert sie einen maßgeblichen Akteur aus dem orthodox-kommunistischen Spektrum, nicht um „historischen Rückblick und folgenloses Gedenken“, sondern „um eine reale Veränderung des politischen Klimas“, um „den Weg freizumachen für eine antifaschistische Bundesrepublik“. Diese offenerherzige Stellungnahme von 1997 ist nach wie vor bei Linksextremisten handlungsanleitend.

Die Dichte der Analyse verschiedener Handlungsformen läßt kaum etwas zu wünschen übrig und schafft ein breites Nachschlagewerk an bisweilen entlarvenden Begründungen aus der „Szene“. Völlig angemessen, wenn auch auf den ersten Blick wie eine Wiederholung vergangener Schlachten, ist das Gewicht, das sie den Verfassungsumdeutungen des linksextremen „Antifaschismus“ widmet. Die Strategien haben sich hier seit den Schriften des KP-*fellow-travellers* Wolfgang Abendroth (1906–1985) über die angeblich „antifaschistische“ Ausrichtung des Grundgesetzes nicht geändert. Und schließlich ist zu berücksichtigen, daß revolutionäre Umbrüche in Deutschland stets ihre rechtspositivistische Form fanden – im schlechten (1933) wie eher im guten (1990).

Bei der Beschreibung linksextremistischer Akteure – autonome „Antifaschisten“ einerseits und „traditionelle“ wie die DKP und die VVN-BdA – geht Blank mit der „Linken“ sehr hart ins Gericht. Zwar finden sich in den höheren Nomenklaturebenen der Partei vermehrt jene Zyniker, die den „Kampf gegen Rechts“ als Kampf gegen die Rechtsordnung führen. Aber viele Verantwortungsträger der Partei im Osten haben dazu ein ganz anderes Verhältnis – für sie sind NPD- und Kameradschaftsstrukturen ein reales, kein agitatorisches Problem.

Die Masse des Stoffs ist von der Autorin trittsicher verarbeitet worden, doch bleiben auch Schwachstellen. Dazu zählt die

schmale Literaturbasis: Ein derartig historisches Thema sollte dazu zwingen, die einschlägige Standardliteratur zu nutzen, nicht nur Zeitschriftenaufsätze, die sich auf sie stützen. Nachweise sind oft sehr knapp und nicht immer eindeutig ausgefallen, und die SBZ ist nicht die „sowjetisch besetzte Zone“. An manchen Stellen bemerkt man die lange Laufzeit des Forschungsprojekts, denn die Beschreibung einzelner Phänomene endet bisweilen 2010. Dadurch wird auch die eine oder andere Bewertung schief: Die zahlenmäßig relative Schwäche linksextremistischer Strukturen entspricht nicht ihrem erstaunlichen politischen Einfluß über eine „verfassungsrechtlich, völkerrechtlich, moralisch, ethisch und historisch begründete Scheinlegitimität“. Richtig ist deshalb im bilanzierenden Kapitel gesehen, daß die Entdeckung des NSU Ende 2011 den Wendepunkt von einem defensiven zu einem höchst offensiven „Antifaschismus“ markiert.

Eine ziemliche Reihe nicht behandelter Fragen drängt sich auf: Sind linksextremistische Strategien und Handlungsformen der Grund für die unkritische Übernahme mindestens von Teilen linksextremistischer Deutungs- und Handlungsmuster in Sachen Rechtsextremismus durch das demokratische Spektrum? Oder gibt es dafür weitere, sehr viel differenziertere Gründe? Ist die manische „antifaschistische“ Fixierung der öffentlichen Diskurskultur nicht schon wieder ein deutscher Sonderweg? Ist mit der Konzentration auf den Rechtsextremismus als angeblich größte oder sogar einzige Spielart des Extremismus nicht nur die Kritik am „Linksextremismus“ aus dem Blick des veröffentlichten Diskurses geraten, sondern vielleicht auch diejenige des Islamismus – sie wird von interessierter Seite schließlich als „Islamophobie“ schon mal vorsorglich in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt? Was folgt aus dem gemeinsamen „Putinismus“ von Rechts- und Linksextremisten und aus dem gemeinsamen „antiimperialistisch“ konno-

tierten Antisemitismus von Linksextremisten und Islamisten? Die in jüngster Zeit augenfällige Konvergenz und Bündelung menschenfeindlicher Potentiale scheinen einer integrierten Betrachtung wert.

Natürlich steht Blanks Untersuchung gegen den veröffentlichten Zeitgeist. Daß darin sowjetische Muster aus dem Kalten Krieg und der Komintern referiert werden, ist aber dem Umstand geschuldet, daß sie sich nicht erledigt haben, sondern auf dem Feld des „Antifaschismus“ durchaus klärungsbedürftige Erfolge verzeichnen. Eine Autorin wird nicht deshalb zur rückwärtsgewandten Kalten Kriegerin, weil es den Rezensenten so mancher Qualitätszeitung schlicht an zeithistorischem Grundwissen gebricht.

Rudolf van Hüllen

Weigelt, Andreas: Totenbuch: Sowjetisches Speziallager Nr. 5 Ketschendorf 1945–1947. Herausgegeben von der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V. Berlin: Wichern-Verlag 2014. 24,95 €.

Mit dem großformatigen und anderthalb Kilogramm wiegenden Totenbuch des sowjetischen Speziallagers Nr. 5 in Ketschendorf soll im folgenden ein im doppelten Sinne schwergewichtiges Aufarbeitungsprodukt des ausgewiesenen Historikers Andreas Weigelt vorgestellt werden.

Bisher rümpften die Verantwortlichen gewisser hauptstädtischer universitärer Fachzeitschriften und Rezensionportale über derartige Nekrologe die Nase. Sie meinten, daß es sich bei diesen Büchern nicht um Ergebnisse ernsthafter wissenschaftlicher Arbeit handelt und lehnten eine Besprechung derselben ab. Warum die Redaktionsvertreter eine solche ignorante und realitätsferne Haltung vertreten, ist nicht nachvollziehbar. Dabei handelt es sich bei den von Gedenkstättenmitarbeitern und einzelnen Historikern erstellten Totenbüchern um das Resultat zu-

meist langwieriger und intensiver quellenkritischer Forschungs- und Recherchetätigkeit. Zudem werden sie von fundierten analytischen Beiträgen eingehend erläutert und fachmännisch kommentiert.

Das intern als Speziallager Nr. 5 bezeichnete Internierungslager in Ketschendorf gehörte zu den ersten Einrichtungen seiner Art, die vom Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) auf dem Territorium der späteren Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland eingerichtet und betrieben wurden. Die erste Einlieferung in das beschlagnahmte und umzäunte Areal einer Wohnsiedlung der Deutschen Kabelwerke AG (DEKA) ist für den 4. Mai 1945 – also noch vor dem offiziellen Kriegsende – belegt. Zu den Insassen gehörten von den Operativgruppen der sowjetischen Geheimdienste und Truppenteile verhaftete Zivilisten aus Berlin und dem Brandenburger Umland. Darüber hinaus diente Ketschendorf als Etappenort für mehr als 2 800 weißrussische Emigranten sowie ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und Kollaborateure aus der Sowjetunion. Bis zu seiner Schließung im Februar 1947 waren im Lager insgesamt über 17 800 Betroffene, darunter etwa 1 600 Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren, eingepfercht. Tausende von ihnen starben an einem schicksalhaften Konglomerat unterschiedlicher Faktoren. Dazu gehörten maßgeblich die katastrophale Unterbringung und Versorgung, ungenügende Bekleidung, mangelnde Hygiene und medizinische Vernachlässigung. Die auf Grundlage gesicherter Daten ermittelte Todesrate betrug im Speziallager Nr. 5 insgesamt 26,5 Prozent. Da die Sterblichkeit unter der relativ großen Gruppe der Ausländer aus mehrfachen Gründen sehr gering war, verzerrt diese Zahl allerdings den historischen Sachverhalt. Werden bei der Berechnung unter Hinzuziehung der Zugänge und Verstorbenen dagegen nur die „Reichsdeutschen“ berück-

sichtigt, ergibt sich eine noch erschreckendere Quote von 31,4 Prozent.

Das von Andreas Weigelt zusammengestellte und publizierte Totenbuch enthält kurze biographische Angaben zu 4 722 Personen, darunter 96 Frauen und 42 Ausländer, die unter den menschenunwürdigen Bedingungen der Internierungshaft in Ketschendorf verstorben sind. Neben Vor- und Familiennamen umfassen die einzelnen Einträge das vollständige Geburtsdatum, den Geburtsort, den letzten Wohnort und das Sterbedatum.

Ausgangspunkt der detaillierten Recherchen waren die russischsprachigen Häftlingsjournale und Totenlisten des Speziallagers. Zur zweifelsfreien Identifizierung der Verstorbenen wurden unter anderem die Zentrale Namenskartei des DRK-Suchdienstes in München, verschiedene Unterlagen aus deutschen Archiven und die umfangreiche Hinterlassenschaft von Zeitzeugen herangezogen.

Namenseinträge, zu denen keine deutschsprachigen Unterlagen aufgefunden werden konnten, liegen teilweise nur in transkribierter Schreibweise vor. In diesen Fällen sind auch die persönlichen Daten unvollständig, zumeist sind nur der Name, das Geburtsjahr und der genaue Todestag des Betroffenen bekannt. Hier gibt es noch beträchtlichen Recherchebedarf. Hinweise für die Ermittlung der gesuchten Personen und der noch fehlenden biographischen Grunddaten dürften zum Beispiel das Berliner Adreßbuch von 1943, diverse Kirchenregister sowie die umfangreichen Materialsammlungen der Gedenkstätten Berlin-Hohenschönhausen und Sachsenhausen enthalten.

In seiner neunzig Seiten umfassenden profunden Studie behandelt Weigelt ausführlich das Thema „Sterben und Tod im Speziallager Ketschendorf“. Hier werden von ihm die Angaben ehemaliger Häftlinge kritisch, aber zugleich auch respektvoll hinterfragt und mit den gleichfalls oft interpretierungsbedürftigen Do-

kumentenüberlieferungen der sowjetischen Lagerverwaltung ins Verhältnis gesetzt. Beispielhaft in diesem Kontext ist der Diskurs über die permanente Unterernährung, die daraus resultierenden Mangelkrankungen wie Dystrophie und TBC, und ihre Relevanz für das vieltausendfache Dahinsiechen der männlichen Lagerinsassen im Speziallager Nr. 5. Explizit untersucht Weigelt die Mortalität unter den Jugendlichen – ein emotional aufgeladener Streitpunkt unter den Hinterbliebenen und in der Literatur. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß nach gegenwärtigem Kenntnisstand die Sterblichkeit dieser Personengruppe in keinem anderen Lager höher lag als in Ketschendorf.

Ausführlich widmet sich der Autor der gegensätzlichen Informationspolitik über den massenhaften Exitus in der abgesperrten DEKA-Siedlung in Ost- und Westdeutschland und benennt ihre Akteure. Im Gegensatz zu dem tiefen Schweigen und den Vertuschungspraktiken in der SBZ/DDR begann diesbezüglich in den westalliierten Besatzungsterritorien bereits ab 1947/48 eine auf Berlin fokussierte, allerdings auch stark politisierte öffentliche Auseinandersetzung.

In vielfältigen Beiträgen verbreiteten Presse und Radio die Wahrheit über die Dimension des Sterbens im Speziallager Nr. 5. Große Verdienste bei der Schicksalsaufklärung von Verschollenen erwarben sich kirchliche Einrichtungen, die von Franz Neumann geleitete Berliner SPD, das Radio im amerikanischen Sektor und insbesondere der Suchdienst der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Letzterer wurde von 1948 entlassenen Internierten wie Gerhard Finn mitinitiiert und aufgebaut.

In einem weiteren Schwerpunkt seiner Darstellung behandelt Weigelt den Umgang mit den Ketschendorfer Toten. Hier beschreibt er unter anderem eingehend die Tätigkeit des Beerdigungskommandos“, welches die unbekleideten Leichen in anonymen Einzel- und Massengräbern

im „Wäldchen“ entlang der Autobahn Berlin – Frankfurt/Oder verscharren mußte. Deren fragwürdige Totenruhe währte jedoch nicht lange. 1952 sollten auf einer Teilfläche des überwucherten Leichenfeldes Wohnhäuser errichtet werden. Daraufhin wurden die sterblichen Überreste exhumiert und auf dem Soldatenfriedhof in Halbe als namenlose Kriegsoffer umgebettet. Daß die dreißig Lkw-Ladungen mit Skelettteilen aus Ketschendorf von den DDR-Verantwortlichen nicht anderwärts entsorgt worden sind, ist – wie Weigelt hervorhebt – dem evangelischen Pfarrer Ernst Teichmann zu verdanken. Erst am 8. Mai 2004 wurden auf dem vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreuten Waldfriedhof 49 Steinplatten eingeweiht, auf denen die Namen der damals bekannten 4 629 Opfer des Lagers Ketschendorf verzeichnet waren.

Das von der Lagergemeinschaft Ketschendorf in Auftrag gegebene Totenbuch ist als eine bedrückende Dokumentation des Leidens und Sterbens in erster Linie an Angehörige und Hinterbliebene gerichtet. Darüber hinaus stellt der vorgestellte Band einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der alliierten Internierungspraxis in Nachkriegsdeutschland dar.

Peter Erler

Engler, Harald: Willfried Stallknecht und das industrialisierte Bauen. Ein Architektenleben in der DDR. Berlin: Lukas-Verlag 2014, 155 Seiten, 25 €.

Das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner hat durch seine umsichtige Erwerbsstrategie einen reichen Bestand an Unterlagen zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR zusammengetragen. Zu diesem gehört auch der Vorlaß von Willfried Stallknecht (geboren 1928), auf dessen Basis – und durch Interviews ergänzt – Harald Engler den Versuch unternommen hat, eine kritische und zugleich differenzierte Darstellung des Werkes eines Ar-

chitekten stellvertretend für den Berufsstand zu erarbeiten, der in der Vergangenheit eine doppelte Entwertung erfuhr: zunächst durch die tendenzielle Herabstufung vom Architekten zum „Komplexprojektanten“ während der DDR-Zeit; nach 1989 durch die Reduzierung der DDR-Architektur auf die als „Platte“ denunzierten Wohnobjekte in Großtafelbauweise. Willfried Stallknecht war in der DDR nicht nur ein bedeutender Architekt bzw. Stadtplaner sowie Entwickler der beiden wichtigsten Wohnbauserien „P2“ und „WBS 70“, er kann auch auf ein bemerkenswertes Werk als Möbeldesigner und Innenarchitekt verweisen, wie dies wohl bei keinem anderen DDR-Architekten der Fall ist. Das generelle Ziel der Arbeit ist es, am Beispiel Willfried Stallknechts einen Architekten aus der weitgehenden Anonymität der Kollektive und VEB herauszuholen, dessen Arbeiten - wie die vieler seiner Kollegen - in der Öffentlichkeit kaum mit seinem Namen verbunden werden.

Der Tischlermeister und Innenarchitekt mit Fachschulabschluß war seit den 1950er Jahren an dem zentralen Projekt des DDR-Bauwesens beteiligt, das in den nächsten Jahren den Übergang von der traditionellen Ziegelbauweise hin zur industrialisierten Bauform bewerkstelligen sollte. Unter Leitung des bekannten Schweizer Architekten Hans Schmidt (1893–1972) erarbeitete er im „Institut für Typung“ (Berlin) Entwürfe für Eigenheime in typisierter Form. Erstes Ergebnis dieser Bemühungen waren die Eigenheimserien „EW 54“ und „EW 58“, die in den folgenden Jahren eine massenhafte Verbreitung fanden. Ein nächster Schritt zur Erreichung des übergeordneten Ziels stellte Ende der 1960er Jahre die „Plattenstudie 69“ dar. Mit ihr beabsichtigten die Autoren Willfried Stallknecht und Achim Felz die Erarbeitung eines komplexen Lösungsvorschlags für die Erfüllung der steigenden Anforderungen an die Wohnqualität, den Städtebau, den Materialaufwand sowie insbesondere

die Effektivität der Produktion. Die Hauptabsicht der aus der Studie entstandenen Wohnbauserie „WBS 70“ war es, all jene aus der Sicht der Bauökonomien unwirtschaftlichen Produktionsserien durch eine neue Serie mit reduziertem Typenkatalog zu ersetzen und noch stärker automatisierte Planungs-, Projektierungs- und Fertigungsprozesse durchzusetzen. Erst nachdem die neue Wohnungsbauserie bei den Fachleuten auf Anerkennung gestoßen war, wurde sie vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie quasi offiziell in seine hoheitliche Obhut genommen und als neue Serie republikweit durchgesetzt. Es wird bei dieser Auftragsgenese deutlich, daß auch in der DDR Initiativen bzw. grundlegende Strukturveränderungen keineswegs nur von oben zentral angestoßen wurden, sondern durchaus auch von findigen Akteuren auf verschiedenen Ebenen eingeleitet werden konnten und erst später nach positiver Begutachtung durch höhere zentrale Instanzen übernommen und republikweit implementiert wurden. Insgesamt wurde in der DDR eine Gesamtzahl von 2,2 Millionen Wohnungen in industrieller Bauweise errichtet, davon 1,5 Millionen in Großtafelbauweise und etwa 900 000 mit der Wohnungsbauserie „WBS 70“.

Stallknechts Lösungsvorschläge für architektonische Herausforderungen folgten stets einem integrativen Ansatz, besonders das Konzept des „Variablen Wohnens“ hat er über seine gesamte Laufbahn hinweg wie ein Leitmotiv verfolgt. Für die meisten seiner Entwürfe erarbeitete er auch Vorschläge zur Innengestaltung, die den Bewohnern im Nahbereich jene Individualität zurückbringen sollte, die sie mit der äußerlich vereinheitlichten Unterbringung aufgaben. Das dafür in Zusammenarbeit mit Rudolf Horn (geboren 1929) entwickelte modularisierte und beliebig erweiterbare „Möbelprogramm Deutsche Werkstätten“ (Hellerau) konnte produktionsseitig jedoch nicht vollumfänglich realisiert wer-

den, so daß auch im Inneren der Wohnungen eher Uniformität und mangelnde Qualität prägend wurden.

Bei der von Stallknecht konzipierten Umgestaltung der Innenstadt von Bernau (1972–1984) vollzog er als einer der ersten die Anpassung der seriellen Plattenbautechnologie – weg von der gleichförmigen Gestaltung von Großsiedlungen auf der grünen Wiese, hin zu an die Innenstadtlagen angepaßten Konfigurationen – und dokumentierte damit eine Akzentverschiebung im industriellen Bauen der DDR. Die Planungen hatten Ende der 1960er Jahre begonnen und vollzogen sich unter Stallknechts Leitung in der ersten Hälfte der 1970er Jahre in einer Zeit, die denkmalpflegerisch noch nicht die Sensibilität erreicht hatte, die etwa seit 1975 mit dem Europäischen Denkmaljahr und der damit einsetzenden Wiederentdeckung der europäischen Stadt und der Urbanität von Altstadtkernen ihre Wirkung entfaltete.

Die Abkehr vom dominierenden Prinzip Masse, mit dem auf dem schnellsten Weg Wohnungen in großer Zahl errichtet werden sollten, die allerdings vielfach kaum den wachsenden ästhetischen und städtebaulich-funktionalen Ansprüchen genügten, war schließlich auch ein Eingeständnis, daß die bisherige Form des Massenwohnungsbaus ein Irrweg war und auf diese Weise in den 1980er Jahren nicht mehr fortgesetzt werden konnte.

Insgesamt befand sich der Architekt Mitte der 1980er Jahre in einer Verfassung, die es ihm unmöglich machte, in der alten Form weiterhin für das Bauwesen tätig zu sein. Stallknecht reiht sich damit in eine ganze Reihe von Architekten und anderen leitenden Kräften in der Gesellschaft der DDR ein, die sich aufgrund von Unzufriedenheit mit den eigenen persönlichen Verhältnissen als auch mit dem Gesamtzustand der auf eine finale Krise zusteuernenden DDR in Krankheiten, Vorruhestand oder in ganz tragischen Fällen gar in den Selbstmord getrieben wurden.

Obwohl er nie der SED beitrug, konnte er eine bemerkenswerte berufliche Karriere durchlaufen, die angestrebte Professur in Weimar erlangte er jedoch trotz Vorliegens aller Qualifikationen nicht. Als Grund dafür vermutet Engler, daß Stallknechts Parteilosigkeit eine gewisse Rolle gespielt haben könnte. Dieser Punkt ist die einzige Schwachstelle der ansonsten voll überzeugenden Studie. Es ist nicht auszuschließen, daß entsprechende Vorgaben existierten, für eine begründete Vermutung liefert Engler jedoch keine Belege. Stallknecht bewarb sich in Weimar um die Nachfolge von Anita Bach (geboren 1927), die bis 1987 für den Lehrkomplex Gebäudeausbau und Raumgestaltung zuständig war. Die Professur wurde jedoch nicht nachbesetzt, es kam auch kein Mitbewerber zum Zug. Ursache dafür waren Überlegungen der Hochschule, den Lehrstuhl inhaltlich neu auszurichten, wofür sich offenbar keine geeigneten Bewerber fanden.

Sicher kann man dem Autor zustimmen, wenn er bemerkt, daß der industrialisierte Wohnungsbau seinen herausragenden Stellenwert in der DDR nur deshalb erlangen konnte, „weil dieser Bautyp in seiner massenhaften Präsenz, der kulturlandschaftlichen Prägekraft selbst in agrarwirtschaftlich orientierten Kontexten und einer zunehmend schablonenhaften und ästhetisch fragwürdigen Gestaltungsarmut nur in Ostdeutschland als dominantes Element der Städtebaulandschaft verwirklicht wurde.“ Blickt man jedoch über die deutschen Grenzen hinaus Richtung Osten und zieht die dortige „Prägekraft“ der „sozialistischen Lösung der Wohnungsfrage“ zu einem Vergleich heran, nimmt sich die in der DDR praktizierte Variante eher zurückhaltend, ja fast randständig aus.

Michael Eckardt

Schreiter, Friedemann: Strafanstalt Waldheim. Geschichten, Personen und Prozesse aus drei Jahrhunderten, Berlin: Ch. Links Verlag 2014, 224 Seiten, 29,90 €.

Für den Sozialdemokraten Franz Mehring stellte Waldheim „die scheußlichste aller scheußlichen Folterkammern“ dar. Das heute noch in Betrieb befindliche Gefängnis im sächsischen Zschopautal erlangte spätestens mit den Waldheimer Prozessen im Februar 1950 traurige Berühmtheit. Der freiberufliche Schriftsteller Friedemann Schreiter stellt nun in seiner 2014 erschienenen Publikation erstmals die fast 300jährige Geschichte der Strafanstalt Waldheim dar.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts veranlaßte der sächsische Kurfürst Friedrich August I. aufgrund der sich häufenden Fälle von Kriminalität den Bau der Einrichtung, die schließlich im April 1716 ihre Arbeit aufnahm. Schloß Waldheim – 1271 erstmals urkundlich erwähnt, im 16. Jahrhundert erst als Augustinerkloster genutzt und schließlich zum Jagdschloß umgebaut – sollte als Ort für das neu eingerichtete „Allgemeine Zucht-, Armen- und Waisenhaus“ dienen. Durch seine „mustergültige“ Umsetzung wurde das Zuchthaus Waldheim im 18. Jahrhundert weit über Sachsen hinaus zum Vorbild für weitere Anstaltsgründungen. Infolge des rasanten Kriminalitätsanstiegs im Zuge des Siebenjährigen Krieges erreichte Waldheim Ende des 18. Jahrhunderts seine Kapazitätsgrenzen. In der Folgezeit wurden in Sachsen nach und nach neue Waisen- und Armenanstalten errichtet und Waldheim ab 1830 zum reinen Zuchthaus erklärt. Mit Amtsantritt des neuen Direktors Christ im Jahr 1833 verschärften sich die Haftbedingungen jedoch erheblich – schon auf die kleinsten Verfehlungen reagierte das Wachpersonal mit Tritten und Peitschenhieben. 1849 wurden nach den Dresdner Maiunruhen erstmalig 250 politische Gefangene nach Waldheim eingeliefert.

Mit der Realisierung einer Vielzahl von Einzelzellen, der Einrichtung der ersten deutschen „Irrenanstalt“ für männliche geisteskrankte Straftäter, der Errichtung des neuen Zellenhauses – von den Häftlingen zu DDR-Zeiten als Ozeandampfer „Bremen“ bezeichnet – und der Auslagerung des Frauenzuchthauses in einen separaten neuen Backsteinkomplex – die spätere „Abteilung II“ – erfuhr das Zuchthaus Waldheim Ende des 19. Jahrhunderts eine bautechnische Modernisierung und stellte damit zeitweise die größte sächsische Strafanstalt für männliche und weibliche Strafgefangene dar. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde dann auch Waldheim vollständig in deren Herrschaftssystem integriert. Die Anstalt füllte sich unter dem neuen Anstaltsdirektor Dr. Schiefer rasant mit politischen Gefangenen – Kommunisten, Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und Sozialdemokraten –, die zur Demoralisierung und Demütigung mit Kriminellen auf eine Zelle kamen.

Mit der Befreiung des Zuchthauses Waldheim durch die Rote Armee am 6./7. Mai 1945 wurden in den folgenden Tagen alle Insassen aus der Strafanstalt entlassen; viele Beamte hatten sich aus Angst vor den Alliierten bereits in den Vortagen abgesetzt oder das Leben genommen. Unmittelbar nach der Übernahme des Gefängnisses durch die Sowjets waren dann zunächst desertierte sowjetische Soldaten in Waldheim interniert. Ab Sommer 1945 kamen insbesondere durch Entnazifizierungskommissionen Verurteilte, Diebe, Schwarzhändler, Hehler und Gewaltverbrecher nach Waldheim, die Anfang 1950 jedoch in andere Gefängnisse verlegt wurden, um Platz zu schaffen für die letzten 3 442 bis dahin nicht verurteilten Speziallagerhäftlinge. Die ersten Gerichtsverfahren der sogenannten „Waldheimer Prozesse“ wegen „Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit“ begannen am 26. April 1950.

Während die meisten Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, wurden im Juni 1950 zehn Schauprozesse im Waldheimer Rathaussaal öffentlich verhandelt, um den rechtstaatlichen Anschein der Verfahren zu wahren. Neben zahlreichen Zuchthausstrafen wurde in 31 Fällen die Todesstrafe verhängt, die in 24 Fällen in der Nacht des 3. November 1950 im Keller der Strafvollzugsanstalt vollstreckt wurde.

Nachdem 1954 die weiblichen Gefangenen in das Gefängnis Hoheneck bei Stollberg verlegt worden waren, wurden in Waldheim männliche kriminelle Straftäter und politische Gefangene gemeinsam untergebracht. Das Gefängnis war jedoch nach wie vor komplett überbelegt: Im Durchschnitt teilten sich bis zu sechs Häftlinge eine Einzelzelle. Infolge umfangreicher Baumaßnahmen bis Anfang der 1970er Jahre wurden die Einzel- und Zweimannzellen dann zu großflächigen Mehrmanntrakten umgebaut. Im Rahmen der sogenannten „Kollektiverziehung“ bestand für die Häftlinge zudem die Pflicht zur Arbeit in den hauseigenen Werk- und Produktionsstätten, die aus Kostengründen von externen Betrieben in die Strafanstalt verlegt wurden. 1974 entstand, getrennt vom eigentlichen Anstaltskomplex, zudem die „Spezielle Strafvollzugsabteilung Waldheim“ als zentrale Verwahrungsstelle der DDR für „besonders renitente“ Häftlinge, die im wesentlichen mittels Medikamenten und teils auch körperlicher Gewalt ruhiggestellt wurden. Im Herbst 1990 schließlich revoltierten nach dem Vorbild anderer Haftanstalten auch die Waldheimer Gefangenen, forderten Haftüberprüfung und ihre sofortige Entlassung. Nach der Wiedervereinigung wurden zunächst alle 312 Bediensteten vom neuen Dienstherrn übernommen. Nachweislich „belastete“ Mitarbeiter wurden aus dem Gefängnisdienst entlassen, teils folgten lange Rechtsstreite. Heute informiert in der Justizvollzugsanstalt ein kleines Museum über die Geschichte der Strafanstalt.

Gegliedert in neun Kapitel, die einer chronologischen Ordnung folgen und durch zahlreiche Bilder und zeitlich passende Biographien teils prominenter Insassen der Anstalt wie zum Beispiel Karl May abgerundet werden, schildert Schreiter erstmals die fast 300jährige Geschichte der Haftanstalt Waldheim. Vier zusätzliche Diskurse („Strafen und Bestrafung“, „Waldheim als Frauengefängnis“, „Medizin in Waldheim“ sowie „Flucht und Bewachung in Waldheim“) verbinden die Kapitel epochenübergreifend miteinander. Das Buch schließt mit einer tabellarischen Übersicht über die Gefangenenbelegung seit 1716, zwei Karten, einer Chronik sowie einem Namensverzeichnis des leitenden Anstaltspersonals.

Während insbesondere die Frühzeit der Haftanstalt gut recherchiert erscheint, weist die Darstellung ab 1933 starke Lücken auf. So basiert das Kapitel zur Anstalt im Nationalsozialismus vorrangig auf einer in den 1980er Jahren in Ost-Berlin erschienenen Dissertation, die ideologisch gefärbt und damit nur bedingt verlässlich erscheint. Noch dünner wird die Quellenbasis im Kapitel zur Zeit der DDR. Obwohl dahingehend auf die reichhaltigen Bestände des BStU, des Bundesarchivs oder des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig hätte zurückgegriffen werden können, begnügt sich der Autor hauptsächlich mit einigen wenigen, oft verharmlosenden und anekdotenhaften Auszügen aus Zeitzeugengesprächen und Kurzinformationen der JVA-Mitarbeiter, so daß 40 Jahre Strafvollzug in der DDR auf gerade einmal vier Textseiten im Buch abgehandelt werden (exklusive der Waldheimer Prozesse, denen ein separates Kapitel gewidmet ist). Zum Haftalltag werden dabei kaum anstaltspezifische Aussagen getroffen, sondern nur anstaltsübergreifende Allgemeinplätze wiedergegeben; so läßt der Autor auch die jüngsten Forschungsergebnisse beispielsweise zur Zwangsarbeit in Waldheim komplett außer acht. Aus den Aus-

führungen können damit leider nur schwerlich neue Erkenntnisse gewonnen werden. Die Aufarbeitung insbesondere der jüngeren Vergangenheit der Waldheimer Anstalt bleibt damit immer noch ein Desiderat innerhalb der Forschung zum DDR-Haftbetrieb.

Pia Heine

Krätzner, Anita (Hrsg.): Hinter vorgehaltener Hand. Studien zur historischen Denunziationsforschung. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Analysen und Dokumente, Band 39. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2015, 180 Seiten, 12,99 €.

In Ergänzung zu drei zwischen 1996 und 2004 von der VW-Stiftung finanzierten Forschungsprojekten zur Denunziationsforschung startete Anfang 2012 in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU ein weiteres Projekt „Denunziation – Alltag und Verrat in der DDR“, wobei als Projektleiter Ilko-Sascha Kowalczyk und als Koordinatorin Anita Krätzner fungierten. Im November 2012 wurden die Ergebnisse dieses Projekts vorgestellt, wobei die Organisatoren auch Ergebnisse ihrer an den drei genannten Projekten beteiligten Kollegen einbezogen haben. So ist ein überaus interessantes Kompendium von Arbeiten zehn zum meist jüngerer Wissenschaftler entstanden, das für jeden Historiker und Politologen lesenswert ist, der sich mit dem Phänomen der Denunziation in Geschichte und jüngerer Vergangenheit befassen möchte.

Schwerpunkte in der vorliegenden Publikation sind Untersuchungen zur französischen Geschichte (Revolution von 1789, Zeit der deutschen Besetzung und danach, 1940 bis 1953), zum Stellenwert des Denunziationskomplexes in der kommunistischen Bewegung und im Nationalsozialismus (einschließlich der er-

sten Nachkriegsjahre) sowie in den vier Jahrzehnten DDR-Geschichte. Aber auch die Aufsätze von Michal Chvojka über das Spitzelwesen in Österreich von 1786 bis in den Vormärz hinein und von Dorothe Zimmermann über die Aktivitäten des Schweizerischen Vaterländischen Verbandes von 1919 bis 1948 sind äußerst lesenswert, da sie wichtige Einsichten in das Funktionieren dieser politischen Systeme vermitteln. Nota bene: Noch 1989 gab es in der Schweiz einen „Fichenskandal“ – es war bekannt geworden, daß die Bundespolizei über Dossiers von nahezu einer Million „verdächtiger“ Bürger verfügte. Sowohl während der Französischen Revolution als auch im befreiten Frankreich nach 1945 hätten gemäßigte Revolutionäre bzw. einzelne Staatsmänner für Maßnahmen plädiert, die exzessive Folgen von Denunziationen vermeiden sollten: So habe sich Marat dafür eingesetzt, daß nur namentlich gekennzeichnete Anzeigen verfolgt werden sollten. Um fatale Auswirkungen der Épuration (1945–1953) zu beenden, habe Charles de Gaulle zwei Amnestien durchgesetzt. Damit habe er den Mythos des „heroischen Frankreich“ geschaffen, der bis in die 1990er Jahre vorherrschend gewesen sei.

Interessante Aufschlüsse ergeben die Aufsätze von Udo Grashoff über das Vorgehen der SED-Führung gegen kommunistische Widerstandskämpfer, die Genossen in Gestapohaft verraten haben, und von Doris Danzer über die Einstellung kommunistischer Intellektueller zur Denunziation mißliebiger Genossen. Grashoff weist auf die bis 1956 praktizierte strafrechtliche Verfolgung hin; er erwähnt aber auch die Feststellung der Zentralen Parteikontrollkommission vom 7. Februar 1952, wonach von einem pauschalen Vorgehen gegen diese Genossen auch deshalb abgeraten wurde, weil sehr viele und auch „Genossen in verantwortlicher Position“ betroffen sein würden. Zu der gleichzeitig geforderten prinzipiellen Entscheidung ist es nach Grashoff

nicht gekommen – Entscheidungen wurden immer im Einzelfall getroffen. Danzer schildert das Verhalten bekannter kommunistischer Intellektueller in Parteiverfahren, in denen sie sich zu mißliebigen Genossen äußern sollten. Danzer hat Verständnis für Anna Seghers – sie habe nur bereits Bekanntes bestätigt, ansonsten aber geschwiegen. Dieses Verhalten solle nicht als Zustimmung zum SED-Regime gewertet werden. Hier wäre freilich auch der Hinweis am Platze gewesen, daß sich solche privilegierten Intellektuellen auch deshalb so verhalten haben, weil sie ihre materielle Sonderstellung nicht riskieren wollten.

Für die meisten Leser dürften die Aufsätze über das Verhalten von Bürgern und Behörden in der NS-Zeit und in der DDR von besonderem Interesse sein: Welche Parallelen und Unterschiede gab es; haben sich primär die konkreten Zeitumstände auf das Verhalten der Menschen ausgewirkt oder ist eher von einer anthropologisch vorgegebenen „Schwäche“ zu sprechen? Muß für die ersten Jahre beider Diktaturen noch von einer vergleichbaren Bereitschaft der Menschen zum Denunzieren und Informieren ausgegangen werden, so ist es in der Folgezeit zu unterschiedlichen Entwicklungen gekommen: Der im Zeitverlauf zunehmenden Denunziationsbereitschaft großer Bevölkerungsteile in der Hitlerzeit ist eine eher gleichbleibende oder sogar abnehmende Bereitschaft der DDR-Bevölkerung gegenüberzustellen. Allerdings hat Stephanie Abke für das von ihr untersuchte nordwestdeutsche Gebiet herausgefunden, daß es dort in der NS-Zeit keine massenhaften Denunziationen gegeben hat.

Hedwig Richter vertritt sehr entschieden die Auffassung, daß die erwähnte Einschätzung des „besseren“ Verhaltens der DDR-Bevölkerung eine wichtige Komponente der Informationsbeschaffung des SED-Regimes vernachlässigt – das umfassende Berichtssystem, daß nicht nur jeden Leiter zur Abfassung von Berichten

über die Sachlage in seinem Zuständigkeitsbereich verpflichtete, sondern prinzipiell jedem Bürger nahelegte, über festgestellte „Mißstände“ und „verdächtige Personen“ zu berichten. Dieser Einladung seien die Menschen in zunehmendem Maße nachgekommen, ohne konkrete Aufforderung und ohne rechtliche Verpflichtung. Der dabei oft deutlich werdende „schamlose Investigationswillen“ habe sich von den Intentionen vieler IM-Berichte nicht unterschieden. Richter stellt kategorisch fest, daß das „System der Überwachung, Bespitzelung und Denunziation“ nur deshalb so gut funktionieren konnte, weil es „gesamtgesellschaftliche Praxis“ war, und gelangt zu der – erschreckenden, aber kaum zu widerlegenden – Schlußfolgerung: „Die Legitimationskraft dieser breiten Partizipationsbasis wirkt bis heute fort.“

Auch Christian Halbrock, auf den der Buchtitel zurückgeht, befaßt sich mit dem Komplex Denunziation – Meldetätigkeit – Informationserhebung und gelangt dabei zu etwas anderen Einschätzungen. Das Berichtswesen, das als „Ersatzöffentlichkeit“ fungierte, sollte – nach der Intention der Herrschenden – Aktivisten die Illusion ihrer „Partizipation an der Macht“ vermitteln. Es wird auf Michel Foucaults Definition der Denunziation als „gesellschaftlicher Machtpartizipation“ verwiesen. Halbrock weist auf einige Punkte hin, bei denen noch Forschungsbedarf bestehe. Der Cottbuser Generalsuperintendent Günther Jacob habe 1956 darüber gepredigt, daß ein Bürger möglicherweise deshalb einen Menschen denunziere, um aufgekommene eigene Zweifel am Lebenssinn zu überwinden – eine solche Motivation „denunziatorischen Verhaltens“ (Olaf Stieglitz) fehle in den meisten Darstellungen. Bisher sei nicht nachgewiesen worden, ob es eine spezielle MfS-Strategie für den Einsatz von Lockspitzeln gegeben habe; ebenso sei die Frage noch nicht beantwortet worden, warum nach 1970 das unnachsichtige Vorgehen gegen nichtangepaßte

Jugendliche deutlich heruntergefahren worden sei. Halbrock nennt drei Gründe, warum es in der DDR – anders als im Dritten Reich – nicht zu einer „wechselseitigen Beschleunigung“ von Propagandaaktivitäten und Denunziationsaufkommen gekommen sei:

1. Die Zustimmung „weiter Bevölkerungskreise“ zum Regime habe schon bald nachgelassen (Halbrock postuliert: „Die Mehrheit der DDR-Bürger sei gegen das SED-Regime eingestellt gewesen“, aber auch: Es habe keine „allzu weitreichende Zustimmung in der Bevölkerung“ gegeben.).
2. Vielen Menschen sei klar gewesen, daß Denunzieren etwas „Anrüchiges“ sei und daß dadurch Mitbürgern Schwierigkeiten entstünden.
3. Viele seien auch deshalb nicht zu einer Denunziation bereit gewesen, weil sie nicht riskieren wollten, öffentlich als Spitzel stigmatisiert zu werden.

Anita Krätzner geht davon aus, daß sich aufgrund der 2013 erschienenen Publikation von Ilko-Sascha Kowalczyk *Stasi konkret* neue Impulse für die DDR- und Stasiforschung ergeben werden. In ihrem abschließenden Beitrag fragt sie nach der Anwendbarkeit des Denunziationsbegriffs für die DDR-Forschung. Sie konstatiert, daß es das MfS geschafft habe, „durch Professionalisierung die Denunziation zu steuern und auch einzufordern“. Im Unterschied zum MfS habe die Gestapo über kein Netz von V-Leuten für die flächendeckende Überwachung verfügt.

Die Rolle der Volkspolizei als Adressat von Anzeigen und Denunziationen sei bislang nicht ausreichend untersucht worden. Festzuhalten sind Erkenntnisse, daß es Denunziation auch „von oben nach unten“ und daß es oft zwischen Denunziant und Denunziertem keine persönliche Beziehung gegeben habe. Zu bestimmten Zeiten könne Menschen zugute gehalten werden, daß sie primär aus Sorge um das Wohl des Staates verdächtige

Personen denunzierten, materielle Interessen hätten dabei keine Rolle gespielt. Als Common Sense der Beiträge ist festzuhalten, daß die Notwendigkeit unterstrichen wird, Fälle von Verrat und Denunziation jeweils im konkreten historischen Kontext akribisch zu untersuchen – Generalisierungen sind oft irreführend.

Bernd Knabe

Meuser, Mirjam und Ludwig, Janine (Hrsg.): Literatur ohne Land? Schreibstrategien einer DDR-Literatur im vereinten Deutschland, Band II. Eschborn: Fördergemeinschaft wissenschaftlicher Publikationen von Frauen e.V. 2014. 29,90 €.

Seine Rezension zu Karl Mickels Roman *Lachmunds Freunde* schloß Ronald M. Schernikau mit dem Gedanken: „Mal sehen, wie lange die DDR-Autoren solche Höhe noch halten können, ohne DDR.“ Daß diese Erwartung ein enormes methodologisches Potential besitzt, zeigen die Herausgeberinnen Janine Ludwig und Mirjam Meuser, indem sie schon im Titel ihres zweibändigen Sammelbandes die Frage formulieren: „Literatur ohne Land?“ Wenn man nämlich davon ausgeht, daß der Versuch einer politisch-moralischen Delegitimierung der DDR-Literatur unter den Stichworten „Gesinnungsästhetik“ und „Indienstnahme“ seinem Gegenstand und dessen bleibender Bedeutung wenig angemessen ist, dann beginnt die „Suche nach einer neuen Objektivität“, die sich mithin im Anspruch auf eine differenzierte Betrachtung ästhetischer Besonderheiten der literarischen Texte selbst äußert. Dieser Aufgabe wollen die Herausgeberinnen nachkommen, indem sie danach fragen, welche signifikanten Veränderungen in den Arbeiten von Autoren mit DDR-typischen Grunderfahrungen nach dem Verschwinden dieses Landes feststellbar sind. Die „Untersuchung bestimmter Schreibstrategien von DDR-Autoren nach der Wende“ soll dabei „Erkenntnisse über ihr Schrei-

ben davor“ erlauben. Oder umgekehrt gefragt: Erwiesen sich ihre vor 1990 entwickelten Schreibstrategien als tragfähig und produktiv für die Zeit danach? Um solche Fragen beantworten zu können, ist es notwendig, die Bezüge zwischen Literatur und Gesellschaft zu definieren, wie sie im Kompositum „DDR-Literatur“ selbst zugespitzt sind. Ludwig und Meuser nutzen hierfür den ideengeschichtlichen Leitbegriff der *littérature engagée*. Ostdeutsche Autoren hätten ihre spezifische Praxis engagierter Literatur im Spannungsfeld eines mehrheitlich geteilten „utopisch-politischen Konzept[es]“ entwickelt. In Abgrenzung von einem wirkungsmächtigen „Parteilichkeitsgebot“ in kulturpolitischen Vorgaben sei die individuelle Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung ein zunehmendes Bedürfnis unter den Schreibenden geworden – was wiederum exponierende wie einengende Rollenerwartungen im Kontext der „Ersatzöffentlichkeit“ hervorgerufen habe. Eine „grundsätzliche Überschreitung der Wirklichkeit“ und damit die Realisierung von Autonomiebestrebungen seien in diesem „komplexen Diskurs- und Interaktionsgefüge“ jedoch „in der ästhetischen Form“ möglich gewesen, die die Herausgeberinnen als DDR-spezifischen „Fluchtpunkt des literarischen Engagements“ betrachten: „Die Autonomiebestrebungen der DDR-Literatur erfolgten vor allem als Kampf um die Errungenschaften einer künstlerischen Moderne [...]“. Weil die entsprechenden Schreibweisen neue Diskurs- und Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen, mithin „die stetige Untermi- nierung der Verhältnisse“ betrieben hätten, könne daher „den kritischen Intellektuellen der DDR ein nicht geringer Anteil am Untergang des Staates und damit am Verlust ihres Schreibortes zugewiesen“ werden. Inwieweit der utopische Gehalt ihrer Arbeiten auch in der Gegenwart ein politisches Potential entfaltet, wird in den einzelnen werksbiographischen Studien überprüft. Die Veränderungen, die engagiertes Schreiben während der Existenz

der DDR erfuhr und die spezifische Weise, mit der es auf die Umbrüche von 1989 reagierte, macht ein von den Herausgeberinnen entwickeltes Generationenmodell vergleichbar, das ebenfalls historisch wechselnde Präferenzen für bestimmte Genres berücksichtigt.

Die Vorteile eines solchen Vorgehens stellen die Herausgeberinnen unter Beweis, indem es ihnen gelingt, Aufsätze über jene Autoren zu edieren, deren Arbeiten zur besten Tradition einer gesellschaftskritischen DDR-Literatur gehören, selbst wenn ihre politischen und ästhetischen Ansprüche auf Rezeptionsschwierigkeiten stießen und Schreibkrisen bedingten. Legte der 2009 erschienene erste Band von *Literatur ohne Land?* einen Schwerpunkt auf Volker Braun, Heiner Müller und Christa Wolf, so ist der nun erhältliche zweite Band ausgewogener in der Gewichtung der verschiedenen Schriftsteller-Generationen. Therese Hörnigk und Hans-Dieter Schütt beginnen mit Aufsätzen über Stefan Heym und Stephan Hermlin und zeigen, wie verschieden Autorhaltung und Schreibweise unter Angehörigen der „Anführer-Generation“ waren. Sei Heym sein Leben lang ein kritischer Sozialist geblieben, der mit „didaktisch-aufklärerischem Impetus“ schrieb, so habe Hermlin den „Konflikt zwischen Individualität und kollektiver Order“ „auf Dauer nicht mehr schöpferisch lösen“ können. Über Hermann Kant, Peter Hacks, Carlfriedrich Claus, Sarah Kirsch, Karl Mickel und Klaus Schlesinger schreiben Leonore Krenzlin, Heidi Urbahn de Jauregui, Anke Paula Böttcher, Gerrit-Jan Berendse, Stephan Krause und Daniel Argelès. Von den Herausgeberinnen der „ersten Schriftstellergeneration der DDR“ zugeordnet, ließen sich bei ihnen „Kontinuitäten in den Poetiken“ markieren. Die Aufsätze erlauben Differenzierungen: Für Kants Nachwende-Texte seien nach der „Bestandsaufnahme des Zusammenbruchs“ in der Erzählung *Kormoran* die „Suche nach geeigneten Stoffen“ sowie

die „Unsicherheit bei der Erfindung eines geeigneten Plots“ bestimmend gewesen. Peter Hacks habe nach 1989 die „Ausgewogenheit der gesellschaftlichen Verhältnisse“ als „Voraussetzung für klassische Kunst“ verloren. An die Stelle der „beflügelte[n] Dramensprache von einst“ rückte eine „komprimierende, alles Umgängliche aussparende Sprache“ im Vergleich mit der „die Klassiker redselig“ wirkten. Carlfriedrich Claus' Frage nach der Realisierung einer urkommunistischen Utopie, der er in Sprachblättern Gestalt gab, die ein bislang ungewohntes Kommunikationsspektrum zwischen Raum, Bild und Schrift eröffnet hatten, sei nicht geopolitisch gebunden gewesen. So ließen sich in seinem Werk auch nach dem Ende der DDR keine Brüche verzeichnen: „für Claus bleibt der Zeitraum nach der Wende die Zeit vor der Wandlung.“ Die Überschreitung medialer Grenzen kennzeichnet auch die seit den 1980er Jahren geschriebene Tagebuchprosa von Sarah Kirsch. Als Verarbeitung des traumatischen Bruches mit der DDR, der 1977 in ihrer Übersiedlung gipfelte, habe sie sich vom weltpolitischen Geschehen abgewendet und die ostfriesische Provinz in eine märchenhafte Kunstwelt verwandelt. Die Auflösung der DDR blieb deshalb ohne poetologische Relevanz für das Werk Sarah Kirschs. Kontinuität im Engagement auf hohem ästhetischem Niveau bescheinigen Stephan Krause und Daniel Argelès dagegen Karl Mickel und Klaus Schlesinger. Beide Beiträge zeigen, wie sehr die Antwort auf die Herausforderungen der Nachwendzeit über die literarische Form erfolgt: bei Mickel durch ein Zusammenspiel von intertextuellen Verweisen und paradoxen Zuspitzungen, bei Schlesinger durch Narrative, die es erlauben, über die Gestaltung bedeutsamer Einzelheiten und identitätsverändernder Räume „Geschichte und Geschichten [...] in ihrer Mehrdimensionalität und Vielschichtigkeit“ darzustellen.

Als „sehr heterogen“ beschreiben Ludwig und Meuser die „Generation des Übergangs“: Autoren, die am „Aufbaupathos“ wie auch an den „Bemühungen der DDR-Kulturpolitik [...] eine eigenständige DDR-Literatur zu etablieren“ partizipierten. Die Aufsätze über die Gruppe der 1939 bis 1948 Geborenen widmen sich zunächst Wolfgang Hilbig, Monika Maron und Thomas Brasch – drei Schriftsteller, die aus der DDR in die Bundesrepublik übersiedelten. Die Kennzeichen engagierter Literatur unterscheiden sich verblüffend. Argumentiert Opitz bei Hilbig mit einem Autorzitat – Aufgabe der Literatur sei die Artikulation gesellschaftlicher Bewegungsströme, die sprachlich noch unzerstört sind –, so nimmt Quadrelli bei Maron eine inhaltliche Genreunterscheidung vor: Präge ihre Essays ein unmittelbares Engagement für die „Stärkung der nationalen Identität“, so zeigten sich in der Prosa „auf indirekte Weise“ „Spuren engagierten Schreibens“, nämlich wenn Maron die Wiederaneignung der eigenen „Identität“ „nach dem Zusammenbruch der 40jährigen Diktatur“ versuche. Thomas Braschs Engagement liege, so Markus, dagegen im individuellen „Beharren auf Autonomie“, das unabhängig von der Organisationsform des Staats gegolten habe. Dieses habe Brasch in einer „Poetik der ständigen Veränderung“, die auch das eigene Werk immer wieder in Frage stelle, umgesetzt. Peter Geist nimmt in seinem Beitrag über „die um 1946 geborenen Dichter“ im „Epochenbruch“ den generationsgeschichtlichen Ansatz der Herausgeberinnen ernst. In Einzelanalysen ausgewählter Lyrikbeispiele zeichnet er das Profil einer „Lyrikergeneration von Individualisten“, die sich hohen Kunstansprüchen ebenso verpflichtet fühlt wie dem „ernste[n] moralische[n] Amt der Wahrheitssuche“. Dabei bringe sie die „Misshelligkeiten der deutsch-deutschen Vereinigungsobliegenheiten ins Gedicht“ und weise mit lyrischen Distopien auf die menscheitsumfassenden Herausforderungen einer globalisierten Welt hin. Einst der

„Gruppe 46“ zugehörig war auch Bernd Wagner über den Hans-Christian Stillmark berichtet. Der soziale Impetus seines Engagements finde besonders durch die Nähe zum Sachbuch, in Radiobeiträgen und Zeitungsartikeln die Möglichkeit eines entschiedenen und unverblühten Ausdrucks. Wie sehr die 1989 beginnenden gesellschaftspolitischen Umwälzungen DDR-Autoren in existentielle Nöte und schöpferische Krisen stürzen konnten, zeigt Mirjam Meuser am Beispiel des Dramatikers Jochen Berg, der 2009 in Armut verstarb. Seine Geschichtsdramen, die in den 1980er Jahren vor allem auf den Bühnen der Bundesrepublik aufgeführt wurden, schienen nach dem Ende der DDR obsolet geworden zu sein.

Die „hineingeborenen“ Autoren, dazu zählen die Herausgeberinnen die zwischen 1949 und 1958 geborenen Reinhard Jirgl, Sascha Anderson und Bert Papenfuß, hätten sich nicht mehr für eine Utopie, sondern, geprägt vom „Gefühl der gesellschaftlichen Stagnation und Frustration“ der 1970er Jahre, „dezidiert gegen den Staat engagiert“. Hier, wie auch bei den folgenden Beiträgen zur „ausgefallenen Generation“ über jene Autoren, die allenfalls noch mit ersten Werken in der DDR debütieren konnten (Igor Kroitisch, Kerstin Hensel und Durs Grünbein), verliert der Engagement-Begriff seine Schlüssigkeit als verbindendes Element, denn er wird, angewendet auf sehr unterschiedliche Schreibweisen und Themen, geradezu beliebig. So folgt aus der Forderung von Alison Lewis an Sascha Anderson, dieser solle sich literarisch mit „seinem Leben“ – gemeint ist die Arbeit für das MfS – „wirklich“ und also nicht ästhetisierend beschäftigen, daß sie Andersons IM-Berichten als der „bessere[n] Autobiographie“ „eine Art von Engagement“ zuschreibt. Gehört für Lewis vor allem Aufrichtigkeit zum Engagement, so erkennt Hinrich Ahrend bei Durs Grünbein, der mit der Verbindung von Dichtung und Naturwissenschaft einen „dritten Weg“ jenseits von

l'art pour l'art und *littérature engagée*“ eingeschlagen habe, nach dessen Beschäftigung mit historischen Themen und Formen, ein Schreiben „im Zeichen einer ‚elitären‘ Variante engagierten Anti-Engagements“. Für Reinhard Jirgl leitet Susanne Ledanff aus dem Stilprinzip eines universellen Kulturpessimismus eine Fortsetzung des DDR-Erbes der *littérature engagée* ab und Ilona Schäkel bezeichnet die Lyrik von Bert Papenfuß als „geradezu exemplarisch für den Übergang von einer ‚littérature engagée‘ zu einer ‚littérature enragée‘“. Eindeutiger liegen die Verhältnisse bei dem Dramatiker Igor Kroitisch, der seinen engagierten Anspruch aus der DDR bewahrt habe, indem er sich, so Janine Ludwig, in „Ästhetik und Schreibhaltung“ auf das „sogenannte[...] ‚revolutionäre[...] Erbe‘, verkörpert in Autoren wie Büchner, Grabbe, Kleist und schließlich Brecht“ beruft. Auch Kerstin Hensel wird im „Traditionskontext einer engagierten DDR-Literatur“ gelesen. Für sie sei Literatur eine Möglichkeit des Widerstands gegen konstant gebliebene „gesellschaftliche und individuelle Machtstrukturen“. Die Suggestion einer Fortschrittsentwicklung werde durch die Wiedergängerfiguren einer „kreisförmigen Erzählstruktur“ ausgehebelt.

Mit der hier dargestellten Methode hätten sicherlich auch überaus spannende Aufsätze über Franz Fühmann, Irmtraud Morgner oder Brigitte Reimann geschrieben werden können, wären diese nicht so unzeitig früh gestorben. Aber es gibt ja noch genug Literatur für einen dritten Band: Ich denke an die Texte von Helga Königsdorf, Fritz Rudolf Fries, Jurij Koch ... und würde man das Spektrum auf die Kinderliteratur erweitern, gerieten auch Autoren wie Horst Beseler oder Günter Görlich in den Blick. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Kritik anfügen: Grenzen die Herausgeberinnen literarisches Engagement „von den wahrhaft parteilichen Autoren [...], die es in der DDR natürlich auch gegeben hat und

die heute meist zu Recht vergessen sind“ ab, so schränken sie gerade mit diesem Begriff („zu Recht vergessen“) die Untersuchung des literarhistorischen Phänomens einer „DDR-Literatur nach dem Ende der DDR“ (Holger Helbig) mit einem normativen Urteil ein. Mir selbst fällt es beim Lesen von fiktionalen Texten, die im östlichen Teilstaat geschrieben wurden, immer schwerer, den tradierten Dichotomien (engagiert/parteilich, apologetisch/kritisch) zu folgen oder diese überhaupt für das Verständnis sinnvoll zu finden. Daß die unvoreingenommene Auseinandersetzung mit der Literatur jener Autoren, die heute der Wahrnehmung weitgehend entzogen sind, lohnt, zeigt das Beispiel Hermann Kant. Während die Herausgeberinnen diesen im ersten Band noch als „überzeugten Ideologen“ bezeichneten, weil er sich nicht gegen das „Parteilichkeitsgebot“ aufgelehnt habe, so schätzen sie ihn nun aufgrund der „Ambivalenz seines Werkes“, die Leonore Krenzlin beschrieb, als „sehr lesenswerten Autor“ wert. Ein Widerspruch? Nein, es ist vorbildlich, wenn auf diese Weise Lernprozesse nachvollziehbar werden.

Jan Kostka

Martin, Elisabeth: „Ich habe mich nur an das geltende Recht gehalten“. Herkunft, Arbeitsweise und Mentalität der Wärter und Vernehmer der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen. Baden-Baden: Nomos 2014, 464 Seiten, 84 €.

Um das Fazit dieser Rezension vorwegzunehmen: Die Studie von Elisabeth Martin erscheint uns in zweierlei Hinsicht aufschlußreich. Zum einen liefert sie wichtige Erkenntnisse über den Kontext Stasi-Untersuchungshaftanstalt und den Dienstalltag ihres Personals. Hierin liegt ihre Stärke. Zum anderen läßt sich an dieser Studie der derzeitige Stand der von Historikern betriebenen Forschung zu den hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern

ablesen – mit all ihren Erkenntnismöglichkeiten und -grenzen.

Unter den mittlerweile ca. 5 000 wissenschaftlichen Publikationen über die DDR-Geheimpolizei findet man nur ein paar Dutzend Studien, die sich explizit mit den hauptamtlichen Mitarbeitern auseinandersetzen. Mit anderen Worten: Über die eigentlichen Akteure dieses zentralen Herrschaftsapparates der DDR wissen wir auch heute, 25 Jahre nach der „Wende“ 1989, immer noch zu wenig. Angesichts dieses weißen Flecks in der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist die sehr detaillierte Analyse von Elisabeth Martin zu würdigen. In ihrem über 400 Seiten starken Buch, hervorgegangen aus einer Dissertation an der Universität Passau, untersucht die Autorin eine konkrete Mitarbeitergruppe der Staatssicherheit: die Wärter und Vernehmer der zentralen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Berlin-Hohenschönhausen. Die zentrale Fragestellung der Autorin lautet: „Welche Faktoren und Mechanismen waren dafür verantwortlich, daß die Mitarbeiter der HA IX und der Abteilung XIV die von ihnen verlangten Tätigkeiten widerspruchslos und möglichst motiviert ausführten und den reibungslosen Haft- und Vernehmungsbetrieb bzw. in einem größeren Zusammenhang den politischen und sozialen Status quo der SED-Diktatur 40 Jahre lang garantierten?“.

Zunächst werden von Elisabeth Martin die Entwicklung und die Aufgaben der Untersuchungshaftanstalt sehr ausführlich dargestellt (2. Kapitel). Anschließend wird anhand askriptiver Merkmale (insbesondere soziale und familiäre Herkunft, Rekrutierungsfelder, Bildungsstand und Alter) ein demographisches Profil der Anstaltsmitarbeiter erstellt (3. Kapitel). Hierbei vergleicht sie die Mitarbeiter, die in der Anfangsphase des MfS 1953 in der Haftanstalt beschäftigt waren mit dem Personalbestand von 1989. Im Mittelpunkt der folgenden beiden Kapitel stehen die für den Dienst charakteristischen Funktionsabläufe in

der Haftanstalt und die Arbeitsmethoden der Mitarbeiter (4. Kapitel) sowie deren Mentalität (5. Kapitel) Das abschließende 6. Kapitel resümiert die Untersuchungsergebnisse.

Elisabeth Martin stützt sich in ihrer Untersuchung auf ein breites historisches Quellenmaterial aus der Hinterlassenschaft der Staatssicherheit, die inzwischen durch den BStU (sowie hier noch zusätzlich durch das Dokumenten- und Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) zugänglich ist: Kaderakten, Dienstanweisungen, Grundsatzdokumente, interne Schulungsunterlagen sowie Diplom- und Doktorarbeiten von MfS-Mitarbeitern. Auf der Grundlage dieses umfangreichen Datenmaterials und mit treffsicherer Bezugnahme auf die relevante Forschungsliteratur zum MfS gelingt der Autorin ein facettenreicher Einblick in den durchstrukturierten Dienstalltag der untersuchten Wärter und Vernehmer und in den institutionellen Kontext des MfS. Zusätzlich fließen in die Darstellung einzelne (bereits zum Teil veröffentlichte) Aussagen von MfS-Mitarbeitern und von Zeitzeugen, die von der Staatssicherheit inhaftiert wurden, ein.

Die Antwort auf die oben zitierte zentrale Fragestellung der Studie fällt sehr komplex aus. Die Autorin erklärt die widerspruchslose und motivierte Tätigkeit der untersuchten Staatssicherheits-Mitarbeiter damit, daß diese systematisch aus politisch linientreuen und staatsnahen Herkunftsfamilien rekrutiert und mittels MfS-interner Traditionspflege und Parteieinbindung ideologisch geschult wurden; daß sie außerdem ein dichotomes Freund-Feind-Schema und einen Korpsgeist internalisiert hatten sowie durch ein relativ hohes Einkommen und durch Privilegien extrinsisch motiviert wurden und daß sie ihre Tätigkeit als legitimiert betrachten. Thematisiert wird hier, wie eng die institutionellen Abläufe des MfS mit den Motivationsstrukturen und Denkweisen der Mitarbeiter verzahnt waren.

Mit ihrer mehrdimensionalen Erklärung einer totalen Einbindung der Wärter und Vernehmer in die Staatssicherheit setzt sich die Autorin von der – insbesondere in den Medien anzutreffenden – einseitigen Zuschreibung der Stasi-Mitarbeiter als „Überzeugungstäter“ ab. Allerdings geht sie über bisherige geschichtswissenschaftliche Erklärungsversuche für die hauptamtliche MfS-Mitarbeit substantiell nicht hinaus. Die Blaupause kann man bereits bei den inhaltlich fundierten Arbeiten des Historikers Jens Gieseke nachlesen. Elisabeth Martin hat ihre Untersuchung nicht als eine Replikationsstudie angelegt. Sie nimmt nicht die bereits bekannten Erklärungsansätze (systematische Rekrutierung, ideologisch-politische Indoktrinierung, Freund-Feind-Schema, Korpsgeist, Einkommen und Privilegien und Legitimitätsglauben) als Ausgangshypothese, um sie – im Sinne der deduktiven Forschungslogik – einer systematischen Überprüfung anhand ihres empirischen Datenmaterials zur Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen zu unterziehen. Ebenso wenig geht sie den Weg einer induktiven oder einer abduktiven Erkenntnisgenerierung. Aber wie ist die Autorin – methodologisch nachgefragt – eigentlich vorgegangen?

Schaut man sich die Formulierung der zentralen Fragestellung genauer an, fällt auf, daß hier die „widerspruchslose und möglichst motivierte“ Tätigkeit *aller* Haftanstaltsmitarbeiter bereits vorausgesetzt ist. Von Elisabeth Martin wird nicht in Erwägung gezogen, daß diese Motivationsstruktur bei den Mitarbeitern variieren, also mal stärker und mal schwächer ausgeprägt sein könnte. Ihre weit in die Sozialpsychologie hineinreichende Homogenitätsannahme läßt sich unseres Erachtens mit den methodischen Mitteln, wie sie in der vorliegenden Studie erkennbar sind, empirisch nicht validieren. Irritierend ist der Umgang mit dem empirischen Datenmaterial. Dies trifft sowohl für die deskriptive Statistik in bezug auf

die Mitarbeiterstruktur der Stasi-Haftanstalt zu als auch auf die hermeneutische Methode, mit der sie die Arbeitsweise und die Mentalität des Personals rekonstruieren will. Obwohl die Autorin selbst darauf hinweist, daß statistische Verfahren „große Fallzahlen“ benötigen, begnügt sie sich bei der Untersuchung der 1989 noch im Dienst stehenden 739 Wärter und Vernehmer mit einer Stichprobe von 75. Wahrscheinlich aufgrund des enormen Arbeitsaufwandes bei der Datenerfassung zieht sie jede zehnte Kaderakte. Mit diesen geringen Fallzahlen und ohne Signifikanztests sind jedoch keine repräsentativen Aussagen über die Grundgesamtheit von 1989 möglich. Mit anderen Worten: Die im 3. Kapitel erfaßten Häufigkeiten und Verteilungen von Personenmerkmalen können maximal eine Tendenz anzeigen und mit den vermeintlich „repräsentativen Biographietypen“ am Ende des Kapitels stehen sie allenfalls in einem assoziativen Zusammenhang.

Weiterhin benennt die Autorin zu Recht das „Sinn-Verstehen“ als die eigentliche Schwierigkeit der hermeneutischen Vorgehensweise, begnügt sich aber bei der Darlegung ihrer eigenen Methodik mit äußerst knappen Erläuterungen und mit Literaturverweisen auf Gadamer sowie auf die Zweitgutachterin ihrer Dissertation, Barbara Zehnpfennig. Etablierte Methoden der interpretativen bzw. rekonstruktiven Sozialforschung, die für die Beantwortung der zentralen Fragestellung nützlich wären, werden von der Autorin ignoriert. Die von ihr mehrfach in Aussicht gestellte Analyse des „Innenlebens“ der MfS-Mitarbeiter und „ihrer Gedankenwelt“ wird so zu einem schwer einzulösenden Vorhaben.

Eine solche sozialpsychologische Analyse wird auch deshalb erschwert, weil sich Elisabeth Martin auf die vom MfS selbst erstellten Dokumente konzentriert, ohne deren Erkenntnismöglichkeiten *und* -grenzen als historische Quellen genau auszuloten. Die eigentlich zu rekonstruie-

renden alltagspraktischen Mentalitäts- und Motivationsstrukturen auf Seiten der MfS-Mitarbeiter lassen sich über die eingelagerten MfS-Akten allein nicht erschließen. Denn diese Akten geben zwar Auskunft über den Dienstalltag und die Logik der Institution MfS, aber nicht hinreichend darüber, wie die hauptamtlichen Mitarbeiter tatsächlich unter diesen Rahmenbedingungen dachten und agierten. Trifft der oben bereits erwähnte Einwand zu, daß es – mit Pierre Bourdieu formuliert – „feine Unterschiede“ zwischen den Stasi-Mitarbeitern gab, müßte das forschungsleitende Modell der Homogenität von Motivationen und Mentalitäten modifiziert werden.

Tatsächlich stößt man in der Darstellung von Elisabeth Martin auf einzelne Passagen, die ihre apodiktische Setzung von der Homogenität des MfS-Personals unterlaufen. So thematisiert sie erschwerende Faktoren der Verhaltenssteuerung und erwähnt Fälle, daß einzelne Stasi-Vernehmer und Wärter Skrupel hatten, Zweifel über ihre Tätigkeit hegten, den Inhaftierten gegenüber höflich und kultiviert auftraten, sich für sie einsetzten und Mitleid empfanden. Bezeichnenderweise erfolgen diese Hinweise nur en passant ohne tiefergehende Analyse. Hier offenbart sich der tautologische Grundcharakter der Studie. Indem diese Kontrastfälle innerhalb des untersuchten Samples systematisch ausgeblendet werden, immunisiert die Autorin ihre Generalthese, daß alle Wärter und Vernehmer ihrer Tätigkeit widerspruchslos und hoch motiviert nachgekommen seien.

Damit verschenkt die Autorin eine Möglichkeit, aus der Geschichte tatsächlich etwas für die Gegenwart zu lernen. Denn es wäre doch aufschlußreich zu erfahren, warum sich diese MfS-Mitarbeiter anders als ihre „willigen“ Kollegen verhalten haben. Auch weitere Differenzierungsmöglichkeiten innerhalb ihres Samples, die in Hinblick auf Dienst Einheit, -rang oder -alter durchaus plausibel wären, werden ausgeblendet bzw. nach kurzer

Erwähnung wieder fallengelassen. Es wird auch nicht in Rechnung gestellt, daß es innerhalb der „greedy institution“ MfS durchaus verschiedene Freiheitsgrade und Verantwortungsbereiche unter den Mitarbeitern gegeben haben könnte.

Hält man an der Vorstellung einer Homogenität der Stasi-Mitarbeiter unkritisch fest und begründet diese Homogenität mit deren totaler Einbindung, verfängt man sich in einem Zirkelschluß. Und mehr noch: Man liefert Munition für eine Entschuld(ig)ungsargumentation. Denn die latent mitschwingende Botschaft lautet: Es waren ursächlich die Strukturbedingungen des Repressionsapparates MfS (und der totalitären DDR-Gesellschaft), die aus Menschen „Stasi-Täter“ werden ließen. Eine solche Entlastungsmöglichkeit ist zweifelsohne von Elisabeth Martin nicht gewollt. Man könnte hier von einer „nicht intendierten Nebenfolge“ im Sinne Robert Mertons sprechen. In dieser Hinsicht ist die vorliegende Studie – neben den fundierten Einblicken in den Dienstalltag des MfS-Haftanstaltspersonals – aufschlußreich. An ihr wird exemplarisch erkennbar, zu welcher Argumentationsweise eine aktengläubige, ohne mit einer Daten- und Methodentriangulation operierende geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Staatssicherheit führen kann.

*Uwe Krähnke / Matthias Finster
Anja Zschirpe / Philipp Reimann*

Puttkamer, Joachim von (u.a.) (Hrsg.): Die Securitate in Siebenbürgen. Köln: Böhlau Verlag 2014, 432 Seiten, 39,90 €.

An vielen Stellen glaubt man, thematisch in die DDR zurückversetzt worden zu sein. Dabei handelt das Buch von Rumänien, speziell vom Geheimdienst in Siebenbürgen. Die Methode, Angst als Mittel der Machterhaltung einzusetzen, kennt man auch von der DDR. Ebenso kommt einem die Unterwanderung der Religionsgemeinschaften mit dem Ziel der poli-

tischen Einbettung – oder besser gesagt: Gleichschaltung – in den Staat, bekannt vor. Die systematische Unterdrückung der Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit ging nicht anders vonstatten als in der DDR. Schriftsteller wurden allein schon deshalb als feindliches Potential angesehen, weil sie Verbindung zu Westbürgern hatten. Die Anklage wegen des Besitzes und der Weitergabe „verbotener Schriften“, obwohl es einen Katalog solcher Erzeugnisse offiziell nicht gab, zeigt ein aus der DDR bekanntes Vorgehen. Kopiergeräte waren nicht frei zugänglich, sondern wurden von der Geheimpolizei kontrolliert. Willkürliche Wohnungsdurchsuchungen, ebensolche Festnahmen usw. – man kennt dies alles aus den Berichten über das SED-Regime. Das Buch enthält eine Zusammenstellung mehrerer Aufsätze. Interessant sind in erster Linie die Ähnlichkeiten zwischen der DDR und Rumänien, was der gemeinsamen Entstehungsgeschichte von Securitate und Stasi als Schöpfungen der sowjetischen Geheimpolizei geschuldet sein dürfte. Daß die intensive Zusammenarbeit beider Geheimpolizeien in den 1960er Jahren nachließ und 1973 praktisch zum Erliegen kam, ist in erster Linie eine Folge der eigenwilligen, national-kommunistischen Autonomiepolitik der rumänischen Führung. Aber auch in der kurzen Phase einer gewissen Liberalisierung Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre ließ die Securitate nicht an Wachsamkeit nach. Auch nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes gab es Ähnlichkeiten und Unterschiede. Ein Unterschied mag darin zu sehen sein, daß der rumänische Diktator schlichtweg hingerichtet wurde, der Diktator der DDR jedoch im Krankenhaus im chilenischen Exil verstarb. Eine wesentliche Gemeinsamkeit mag folgendes Zitat verdeutlichen: „Durch den Focus auf den Informanten und informellen Mitarbeitern der Securitate blieb der eigentliche Apparat unberührt“. So konnte es in Rumänien geschehen, daß Behördenangestellte kundtun, nichts mit „meinen Kreisen“ zu

tun gehabt zu haben, so berichtet es eine Schriftstellerin. Kommt so etwas einigen Lesern dieser Zeitschrift bekannt vor? Das Buch enthält ein Motiv, das zeitunabhängig gilt: „Wenn man von Freiheit spricht, muß man von ihrem Gegenteil, von Unfreiheit reden“. Und ebenso zeitunabhängig ist wesentlich, was Herta Müller, die spätere Nobelpreisträgerin, gegenüber dem rumänischen Geheimdienst sagt, der sie für die Spitzeltätigkeit anwerben will: „N-am caracterul, ich habe nicht diesen Charakter“. Die für kommunistische Geheimpolizeien spezifischen psychologischen Zersetzungsmaßnahmen werden im Vorwort mit einem (hier verkürzten) Zitat der Schriftstellerin herausgestellt: „Gegen Verleumdung ist man machtlos, man erstickt, weil man sich nicht wehren kann.“ Dieses Machtprinzip, daß sich die Ausgelieferten nicht wehren können, durchzieht thematisch alle Beiträge des Buches. Die Herausgeber weisen demgemäß auf die Gefahr eines Widerspruchs zwischen wissenschaftlicher Sachlichkeit und den vielfach erlittenen Verletzungen hin. Das ist sehr löblich, jedoch wird sich jemand, der dieses dicke Buch voll Wissenschaft liest, dessen bewußt sein.

Die Publikation geht auf eine wissenschaftliche Tagung des „Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde“ zurück, die er gemeinsam mit dem Münchner „Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas“ (IKGS) und der Universität Jena im Jahr 2010 durchführte. Es ist in allen Teilen gut geschrieben, und es ist lehrreich. Nicht nur wegen der Informationen über die rumänische Situation. Speziell eine sehr lesenswerte Darstellung der Situation in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR durch den Berliner Historiker Georg Herbstritt von der Stasi-Unterlagen-Behörde wird Leser interessieren, die sich vor allem mit dem MfS beschäftigen. Der Band führt die Perspektiven deutscher, rumänischer, ungarischer und siebenbürgisch-sächsischer

Autoren sowie die Erfahrungen unterschiedlicher Generationen zusammen. Das macht seine Vielseitigkeit aus, wie ein Blick auf die einzelnen Aufsätze zeigt:

Dragoş Petrescu, Professor an der Universität Bukarest und Direktor der Aktenbehörde CNSAS schreibt über rumänische Intellektuelle und „Widerstand durch Kultur“. Er stellt die Frage, ob der Niedergang des kommunistischen Regimes in Rumänien eine echte Revolution gewesen ist oder eher ein verdeckter Staatsstreich, der spezifisch auf Nicolae Ceausescu gerichtet war. Dabei beleuchtet er die Rolle, die Intellektuelle innerhalb des Regimes spielten. Die Bedeutung der Aktenöffnung für die wissenschaftliche Forschung ist seiner Meinung nach gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Gerd Stricker, promovierter Theologe und ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift *Glaube in der 2. Welt* in Zürich, schreibt über die rumänische orthodoxe Kirche und die Securitate. Er setzt die Verstrickungen kirchlicher Würdenträger und anderer Mitarbeiter mit dem kommunistischen Geheimdienst ins Bild, und er vergleicht die rumänische Situation mit derjenigen in der DDR. Das Argument „Ich habe doch niemandem geschadet und der Kirche geholfen, indem ich der Stasi glaubhaft zu machen versuchte, daß sie dem Sozialismus nicht feindlich gegenübersteht“ gab es in beiden Staaten. Und der Autor erwähnt auch, wie schwierig trotz eindeutiger Aktenlage manchmal eine moralische Wertung ist. Der Verrat einer Fluchtabsicht ist dagegen sehr einfach zu bewerten.

Martin Jung, Doktorand an der Universität Jena und Referent im Bistum Trier, gibt einen Überblick über den Gang der „Aufarbeitung“ in Rumänien. Er beschreibt, wie schwierig der Umgang mit der Securitate in Rumänien heute noch ist. Am Rande weist er auf die Leistung ehemaliger politischer Häftlinge hin, die Einrichtung der Unterlagen-Behörde CNSAS bewirkt zu haben. Jung konsta-

tiert, daß alte Macht- und Schweigestrukturen den Zusammenbruch des kommunistischen Staates überlebt haben.

Die Historikerin Katharina Lenski von der Universität Jena schreibt über methodische Überlegungen zum Umgang mit Akten der Stasi. Einerseits kann man diesen Akten nicht vorbehaltlos glauben, andererseits haben sie einen hohen dokumentarischen Wert. Vor allem die Sprache der Geheimpolizei gilt es zu decodieren.

Dr. Silviu B. Moldovan ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am CNSAS, schreibt über Spionagevorwürfe, auch über die Beendigung der Zusammenarbeit zwischen Securitate und Stasi nach 1973.

Die Journalistin bei der *Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien* aus Hermannstadt, Hannelore Baier, erwähnt die erst vor kurzem öffentlich bekannt gewordenen Freikaufaktionen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien. Baier stellt dabei den Begriff „Entlassung“ heraus, man ist an die DDR erinnert, die „aus der Staatsbürgerschaft“ entließ. In Rumänien wie in der DDR hätte besser von Leibeigenschaft gesprochen werden sollen. Es ist Baier zu danken, daß diese Assoziation herausgestellt wurde.

Virgiliu Târău, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Klausenburg und stellvertretender Leiter des CNSAS, schreibt über die Situation bis 1970, in der sich die deutsche Minderheit befand. Er setzt gesetzliche Regelungen ins Bild und zeigt, wie sich die ideologischen Vorgaben darin wiederfanden.

Dr. Stefano Bottoni, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, berichtet über die Situation der ungarischen Minderheit in Rumänien, insbesondere über das spezifische Interesse der Securitate.

Dezső Buzogány ist Professor für Kirchengeschichte an der Universität Klausenburg, er berichtet über Kontakte zwischen rumänischen und holländischen

Studenten und die Reaktion der Securitate. Dabei werden verschiedene Agenten der rumänischen Geheimpolizei konkret benannt.

Dr. Corneliu Pintilescu ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte an der Universität Hermannstadt; er stellt den Zusammenhang zwischen religiöser Überzeugung und politischer Schuldzuweisung in den zehn Jahren nach 1948 heraus. Dabei geht er auch auf die Zeugen Jehovas ein.

Gundl Große, Doktorandin an der Universität Jena, und Wolfgang Dahmen, Professor für Rumänische Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität Jena, setzen sich mit dem Verhältnis von rumänischer Literatur und Geheimpolizei auseinander.

Der wissenschaftliche Mitarbeiter beim CNSAS, Liviu Burlacu, schreibt über konkrete Pläne der Securitate gegen deutschsprachige Schriftsteller in Rumänien.

Dr. Stefan Sienerth, langjähriger Leiter des IKGS, ist Honorarprofessor an der Universität Klausenburg; er beschäftigt sich mit dem Fall des Literaturhistorikers Heinz Stanescu. Dieser war Inoffizieller Mitarbeiter und dann Offizier des Geheimdienstes, und er war Literaturwissenschaftler an der Bukarester Universität. Was Sienerth im Zusammenhang mit der homosexuellen Veranlagung Stanescus berichtet, ist sozusagen das humoristische Element des Sammelbandes.

Dr. Cristina Petrescu ist Mitarbeiterin für vergleichende Politikforschung an der Universität Bukarest, sie berichtet über Herta Müller.

Michael Markel ist ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter für Germanistik an der Universität Klausenburg, er schreibt über Inoffizielle Mitarbeiter, die in Verleumdungsaktionen durch den Staatssicherheitsdienst einbezogen wurden. Am Beispiel der Erfindung der „Klausenburger Gruppe“ stellt er das Zu-

sammenwirken von DDR-Staatssicherheitsdienst und Securitate heraus.

Anton Sterbling, in den 1970er Jahren Mitglied der „Aktionsgruppe Banat“, ist Professor für Soziologie an der Hochschule der Sächsischen Polizei, er beschreibt in interessanter Weise philosophische Positionen zum Begriff der Freiheit.

Die Texte enthalten jeweils Zusammenfassungen in rumänischer Sprache. Insbesondere für die englischsprachigen Texte (Petrescu, Bottoni, Buzogăni) ist dies anmerkwürdig. Sehr verdienstvoll ist neben dem ausführlichen Personenregister eine Zusammenstellung der geographischen Namen (unter anderem deutsch, rumänisch, tschechisch, ungarisch). Ein Buch, das sich in der Bibliothek eines jeden Wissenschaftlers finden sollte, der sich mit (ost)europäischer Zeitgeschichte beschäftigt!

Bernd Lippmann

Frisch, Max: Aus dem Berliner Journal, Herausgegeben von Thomas Strässle. Berlin: Suhrkamp Verlag 2014, 260 Seiten, 20 €.

Das Bedürfnis nach neuen Impulsen für sein Leben und Schreiben drängte Max Frisch gelegentlich zum Aufbruch in weit entfernte Gefilde. So war es auch 1973, als er mit seiner Frau Marianne von Zürich nach Berlin zog, in den West-Berliner Stadtteil Friedenau. Hier führte er auch wieder ein Tagebuch, das wie seine früheren Tagebücher (1946 bis 1949 und 1966 bis 1971), später veröffentlicht werden sollte. Nach Ablauf einer längeren Sperrfrist wurden sie 2014 vom Suhrkamp-Verlag unter dem Titel *Aus dem Berliner Journal* auszugsweise veröffentlicht.

Das thematische Inventar von Frischs Berliner Tagebuch enthält Episoden aus seinem neuen Alltagsleben, selbstkritische Reflexionen über sein Altern, sein Eheleben, seinen Alkoholkonsum. Außerdem Entwürfe für neue literarische

Projekte, brillante Porträt-Skizzen zu einigen Berliner Schriftsteller-Kollegen und – auch sie zählen zu den Glanzstücken des „Journals“ – eine Vielzahl von Einträgen zu seinen Erlebnissen und Beobachtungen in der DDR. Die Aufzeichnungen lassen erkennen, daß Frisch während seiner Berliner Zeit mit zunehmendem Interesse, ja geradezu mit wachsender Neugier Ausflüge nach Ost-Berlin unternahm. Seine Notizen hierzu ergeben einen beachtlichen Teil des Buches. Beachtlich sind sie aber auch in literarischer und zeithistorischer Hinsicht. Kein anderer Schriftsteller, der die DDR mit den Augen des auswärtigen Besuchers betrachtete, erwies dabei ein ähnliches Tiefenempfinden und eine vergleichbar scharfsinnige Beobachtungsgabe. Deshalb würde es sich beim „Berliner Journal“ durchaus lohnen, die Aufmerksamkeit einmal nur auf jene Textpassagen zu konzentrieren, in denen Frisch seine Eindrücke aus der DDR beschrieb. Der Gewinn dieser selektiven Lektüre wäre eine meisterhafte Darstellung der DDR.

Erste Erfahrungen mit den besonderen Verhältnissen im anderen Teil Deutschlands machte Max Frisch bei Arbeitsbesprechungen mit seinem Ost-Berliner Verleger. Im Verlag Volk und Welt waren Jahre zuvor bereits seine Romane *Homo Faber* und *Gantenbein* erschienen. Den Roman *Stiller* hatte die dortige Zensur abgelehnt. Aber sein im Westen bereits erfolgreiches *Tagebuch 1966–1971* sollte nun auch in der DDR gedruckt werden. Allerdings mit dem Ansinnen, einige Textstellen, die der hiesigen Obrigkeit mißfallen könnten, zu streichen. Frisch jedoch beharrte auf Vollständigkeit. Die Herausgeber gaben schließlich nach, hielten nun aber ein ideologisch distanzierendes Nachwort vonnöten. Eigens dafür wurde vom Zentralkomitee der SED ein Kulturfunktionär beauftragt, der von nun an den Verlagsbesprechungen schweigend beiwohnte. Dem bemühten Ideologie-Wächter begegnete Frisch keineswegs mit Ironie oder gar Herablas-

sung. Der Mann tat ihm leid: „Ein schüchterner und wachsamer, von seiner Funktion etwas bedrängter Mann. Man hat ihm den schwarzen Peter zugespielt [...] niemand möchte in seiner bleichen Haut sein.“ Selbstverleugnung und Subordination waren, wie Frisch bald feststellen mußte, in der DDR die Regel. Besonders bei den Privilegierten des staatlich finanzierten und kontrollierten Kulturbetriebs. „Um das Privileg nicht zu verlieren, muss nicht jeder ein Spitzel werden, aber Vorsicht ist schon nötig: nichts gesagt haben, was die Obrigkeit, die Partei irritieren könnte. Vor allem auch Vorsicht, dass man nicht mit einem Verfemten gesehen wird und dann, um das eigene Privileg zu retten, diesen zu denunzieren hat [...] Wer möchte schon ein Schwein sein, auch nur ein armes.“

Ähnlich beklemmende Beobachtungen machte Max Frisch auf der Leipziger Buchmesse. Als prominenter Autor aus dem neutralen Ausland wurde er hier stolz präsentiert und allseitig hofiert. Literaten, Intellektuelle, Kulturfunktionäre und Presseleute suchten seine Nähe. Auch das Gespräch mit ihm, sofern es nicht politisch wurde: „Wenig Verlangen nach politischer Diskussion mit einem Ausländer; sie rechnen damit, dass man die Propaganda-Texte kennt, und es ist oft, als genieren sie sich persönlich dafür. Ich habe dann Scheu, Fragen zu stellen, die den Einzelnen in Verlegenheit bringen...“ Doch die Vermeidung solcher Verlegenheit gelang ihm nicht immer. Zumal dann, wenn ihm bei einer vermeintlich zwanglosen Unterhaltung über Literatur der Name eines Schriftstellers entfuhr, der hier bei den Partei- und Staatsoberen in Ungnade gefallen war. Reflexartig verstummte dann das Gespräch: „Ihr gekonntes Schweigen zu bestimmten Namen, die Selbstzensur zu bestimmten Themen: die Selbstzensur nicht nur beim Reden, sondern sogar mimisch, sobald mehrere zusammensitzen.“

Mit eisigem Schweigen quittiert wurde vor allem die Erwähnung des Dichters und Sängers Wolf Biermann. Als Frisch ihm dann auf der Leipziger Messe zufällig begegnete, verabredeten sich beide umgehend. Sie trafen sich in einer nahegelegenen Weinstube. Biermann, in der DDR damals bereits seit Jahren mit Auftritts- und Publikationsverbot belegt, empfing ihn dort als ungebrochener, mit fröhlichem Sarkasmus opponierender *Poeta non grata*. Max Frisch war hingekissen: „Biermann redet unaufdringlich, sehr präsent und sensibel, dazwischen seine Kauz-Mienen; ein völlig unerschüchter Mann, im Staat kaltgestellt, wie man weiß, und der erste freie seit Tagen, der erste Kommunist.“ Nach anschließenden Besuchen in Biermanns Berliner Wohnung, in seinem Freundeskreis, es gab Wein, Lesungen und Lieder, notierte Max Frisch etwas besorgt und, wie wir heute wissen, verblüffend vorahnungsvoll: „Seine Person und sein Talent sind eins, seine Biographie und sein revolutionärer Auftrag sind eins. Wenn er in den Westen überwechselte (was den DDR-Behörden so passen möchte), gäbe es keinen Wolf Biermann mehr für alle Zeit; sein Gedicht wäre das Gedicht eines Literaten, eines Unterhalters, eines Epigonen. Was es jetzt nicht ist. Die Biographie ist entscheidend.“

Auf der Messe begegnete Frisch weiteren DDR-Schriftstellern, deren Bücher er seit langem kannte und schätzte. Auch mit ihnen – Jurek Becker, Günter Kunert und Christa Wolf – wurden Besuche vereinbart. Anders als bei dem offen dissidenten Biermann nahmen diese drei gegenüber der drückenden Staatsmacht ihres Landes eine ambivalente und pragmatische Haltung ein. Zu Jurek Becker notierte Frisch: „Sein Verhältnis zu diesem Staat bleibt undurchsichtig. Humor auch diesbezüglich, aber auch nicht subversiv...“ Ähnliches lesen wir zu Günter Kunert: „Kein Opportunist offenbar. Weder kommt in seiner Rede irgendeine Beschwerde noch eine Huldigung an den

Staat.“ Bei Christa Wolf registrierte Frisch mit Erstaunen, daß sie unverdrossen auf ihrer Staatsloyalität beharrte, trotz eigener Erfahrungen von indirekter Zensur. Ihre Publikationsmöglichkeiten wurden mehrmals schikanös beschränkt. „Frau Wolf beklagt sich nicht“ notierte Frisch, „sie bedauert.“ Auch zu diesen, damals politisch noch nicht aufbegehrenden Autoren entwickelte er ein freundschaftliches Verhältnis, getragen von Sympathie und Verständnis für ihre Situation: „Schwer zu wissen für den Autor, wie weit er gehen darf, wie weit heute, wie weit morgen. Das gibt ihnen nichts Kriecherisches, aber etwas Besonnenes, eine Haltung, die man aus pfiffigen Vorworten der Feudalzeit kennt. Denken und Veröffentlichen sind zweierlei; das schärft vielleicht das Denken.“

Überrascht und mit Respekt registrierte Frisch, daß sich unter diesen Verhältnissen ein ungewöhnlich interessiertes, auch für nuancierte Andeutungen empfängliches Lesepublikum entwickelt hatte. Eine Leserschaft, der die Literatur lebenswichtig war, auch in ihrer Funktion als Schlüssel zur geistigen Öffnung. Ähnlich wie auf West-Berliner Seite waren Max Frischs Gesprächspartner in der DDR zunächst Schriftstellerkollegen und andere Intellektuelle. Doch hier wie dort richtete er seinen Blick ebenso intensiv auf das Alltägliche seiner neuen Umwelt. Auch auf Phänomene und Zustände, die die einheimische Bevölkerung kaum noch wahrnahm oder wahrnehmen wollte. Etwa die trostlose Provinzialität der sich weltstädtisch gebenden „Hauptstadt der DDR“ Ost-Berlin: Abends um elf, selbst im Zentrum, menschenleere Straßen, geschlossene Kneipen. Westbesucher, einer von ihnen Max Frisch, hasten zum Grenzübergang. Ihre Aufenthaltserlaubnis gilt nur noch diese Stunde. Auf den Straßen tagsüber „viele graue Mienen; es geht nicht schlecht, aber ohne besondere Hoffnung. Auch viel Biederkeit.“ Vor allem bei jüngeren Gesprächspartnern spürte er eine tief resignative

Grundstimmung: „Eine Jugend, die vor allen Dingen weiß, sie kommt nicht heraus. Keine Hoffnung diesbezüglich, auch wenn einer [...] zurückkehren will.“ Die politische Erstarrung des Systems vermittelte sich ihm auch über das DDR-Fernsehen, das er sich gelegentlich zumutete. Beispielsweise eine Sendung zum damals 125jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifests. Die hierzu angekündigte „Diskussion“ über dessen Aktualität erwies sich als betuliches Plauderstündchen einträchtiger Alt-Ideologen: „Ein gelassenes Wetteifern im Einverständnis [...]. Jeder spricht aus, was der andere auch ausgesprochen hätte, eingespart durch Scheinfragen; Wiederholung der Doktrin mit verteilten Rollen bei totaler Abwesenheit jeden produktiven Zweifels.“

Der in Berlin vom Kollegen zum Freund gewordene Uwe Johnson führte ihn einmal gemeinsam mit ihren Ehefrauen zur Exklave Steinstücken, einem zu West-Berlin gehörenden kleinen Dörfchen inmitten des DDR-Territoriums. Der Weg dorthin bestand aus einem 300 Meter langen Korridor, der durch einen Wald führte. Zu beiden Seiten der schmalen Passage erhoben sich die Sperrmauern der DDR. Max Frisch beschrieb sie zunächst nur knapp, beinahe kühl. Etwa so, als wollte er hier nur den Architekten sprechen lassen, der er ja früher auch einmal war: „Konstruktion: Betonpfosten, dazwischen horizontale Platten aus Fertig-Beton, schätzungsweise 2,4 Meter hoch, oben ein Betonrohr (wie Drainagerohre), dessen Rundung dem Flüchtling keinen Griffbietet [...] Sportler haben es durch Versuche erprobt. Und jenseits der Mauer: 15 bis 20 Meter gerechter Sand, damit jeder Fußtritt zu sehen ist [...]“. Diesen kommentarlos-technologischen Vermerk liest man zunächst irritiert. Fast so, als versagte hier dem Autor die Sprache angesichts des perfekt konstruierten Grauens. Dann aber spürt der Lesende, daß hier tatsächlich die emotionslos er-

scheinende, lapidare Deskription genügt, um das Entsetzen zu vermitteln.

Wie sehr Max Frisch erschüttert war durch den aus nächster Nähe erlebten Anblick der Berliner Mauer, das offenbart ein späterer Eintrag. In einer für das Tagebuch ungewöhnlichen Ausführlichkeit entwickelte er einige Wochen nach diesem Erlebnis die Vorstellung, seiner Heimatstadt Zürich wäre das gleiche historische Schicksal widerfahren wie der Stadt Berlin. Eine Fiktion, die er konkret und detailliert ausmalte, mit allen Konsequenzen – Zürich als geteilte Stadt: „Was die Sieger sich damals gedacht haben, als sie den Verlauf dieser Grenze bestimmten, ist für uns unerheblich. Es gibt diese Mauer nun einmal, [...] gewisse Ausländer können passieren, wenn sie Ausweise haben, wir natürlich nicht. Und dann berichten sie, wie es drüben aussieht, man mag es eigentlich nicht mehr wissen. Ich bin in Hottingen geboren und zur Schule gegangen, natürlich erinnere ich mich an das Viertel, das ich heute und voraussichtlich auf Lebenszeit nicht mehr betreten kann. [...] Die Brücke, die den früheren Hauptbahnhof mit Ost-Zürich verbindet, ist auch von Ost-Zürchern nur mit besonderen Tagesscheinen zu betreten, daher meistens leer. Wie bei allen Brücken sind die Pfeiler umwickelt mit verrostetem Stacheldraht. [...] Alles in allem kann man sagen, dass wir, im Gegensatz zu ausländischen Gästen, die Mauer nicht mehr grotesk finden. [...] Unser Achselzucken missverstehen sie wahrscheinlich. Es wird immer noch auf Menschen geschossen. [...] Viele auf unserer Seite begnügen sich mit Erbarmen, das in Herablassung übergeht, doch gibt es auch einige, die sich ernsthaft um Entspannung bemühen [...].“ Die Darstellung dieser nahezu masochistisch anmutenden Imagination entwickelt Max Frisch über mehrere Seiten. Kaum einem anderen Thema wird in seinem „Berliner Journal“ so viel Raum gegeben wie diesem Alptraum, der ihm in Berlin als eiskalte Realität begegnete.

Sein Gesamteindruck von der DDR war niederschmetternd, sein Resümee sarkastisch: „Freunde in der DDR: Ihr habt es gut, Ihr könnt vom kapitalistischen Ausland reden. Wir können nicht vom sozialistischen Ausland reden. Denn das gibt es nicht. Was in den Ländern, die sich die sozialistischen nennen, zur Zeit zu sehen ist: Bürokratismus mit sozialistischer Phraseologie, Staatskapitalismus ohne die mindeste Mitbestimmung von der Basis her.“ Frisch, der sich im „Journal“ selbst, wenn auch etwas vage und skeptisch, als Sozialist bezeichnete, sah hier ein mißlungenes Staatssystem, dessen Existenz lediglich auf der Entmündigung seiner Bürger gründete. Allein schon durch das ihnen verwehrte Grundrecht auf Reisefreiheit: „Es steht in keinem Verhältnis, was dieser Partei-Staat sich nutzt und was er sich schadet durch die Reise-Sperre; sie höhlt das Selbstvertrauen aus.“

Bittere Erkenntnisse zu einer Zeit, in der viele westliche Linksintellektuelle darin wetteiferten, sich den „real existierenden Sozialismus“ schönzureden und einige Autoren (zum Beispiel Martin Walser, Franz Xaver Kroetz, Günter Wallraff) heftig mit der DKP und der DDR kokettierten. Das „Journal“ enthält mehrere Passagen, die der heutige Leser als weit-sichtige Vorausahnungen vom Niedergang der DDR erkennt. Es handelt sich dabei um Einblicke und Erkenntnisse, die damals, im Jahr 1973, wohl nur einem hypersensiblen Analytiker wie Max Frisch möglich waren. Dabei kam ihm gewiß auch der Umstand zugute, daß er, wie der „Journal“-Herausgeber Thomas Strässle vermutet, als Schweizer den Vorteil hatte, „außerhalb deutsch-deutscher Befangenheiten zu stehen.“ Hinzu kam Frischs Fähigkeit, ein ebenso aufmerksamer wie zurückhaltender Zuhörer zu sein. Einen Hinweis darauf enthält der folgende, nach einem seiner vielen Besuche in Ost-Berlin notierte Eintrag: „Ich frage mich auf dem Heimweg, was sie durch den Gast eigentlich erfahren haben; eigentlich nichts als eben dies: dass ich

nicht ohne Verständnis bin, bereit zu hören [...]. Sonst würden sie einem Fremden, der an seiner Pfeife saugt, nicht so ausführlich und gewissenhaft erzählen. Ein bisschen wie wenn man Eheleuten zuhört, die von ihrer Krise berichten; dann soll man nicht mit eigenen Geschichten kommen. Es geht um sie und nicht um den Zuhörer, der gegen Mittemacht wieder wegfährt.“

Michael Selbmann

Rosin, Philip: Die Schweiz im KSZE-Prozeß 1972–1983, Einfluß durch Neutralität. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, Band 99, München: Oldenburg Verlag 2014, 353 Seiten, 44,95 €.

Tarli, Ricardo: Operationsgebiet Schweiz. Die dunklen Geschäfte der Stasi. Zürich: Orell Füssli Verlag 2015, 255 Seiten, 26,90 €.

Die Schweiz gilt geradezu als Paradebeispiel für einen neutralen Staat. Dabei blieb diese Neutralität im Laufe der Jahrhunderte nicht immer gleich, sondern wurde den jeweils gegebenen äußeren Umständen angepaßt. Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Phase der sogenannten aktiven Neutralität, das heißt die Regierung der Eidgenossenschaft beteiligte sich an internationalen Aktionen. Dazu gehört ihre Mitwirkung in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Die Idee zu diesem multilateralen Prozeß kam aus der Sowjetunion und sollte deren Machtposition in Europa stärken sowie die internationale Anerkennung der Nachkriegsgrenzen bewirken. Allerdings wurde die KSZE wegen der auf Drängen des Westens aufgenommenen humanitären Aspekte für den Ostblock zum Sprengstoff, dessen interne Wirkung die dortigen Partei- und Staatsführungen weit unterschätzten. Philip Rosins Resümee dazu: „Hatte die Sowjetunion in der Europäischen Sicherheitskonferenz ursprünglich

eine Möglichkeit zur Stärkung ihres Hegemonialanspruchs innerhalb des Warschauer Pakts gesehen, so nutzten die mittelosteuropäischen Vasallen später die KSZE, um den Einfluß der Sowjetunion auf ihre nationale Außenpolitik zu verringern. Die DDR erfuhr durch ihre Einbeziehung in die KSZE zwar ebenfalls eine diplomatische Aufwertung, doch ihr Hauptproblem – die fehlende Legitimität – konnte sie hierdurch nicht beheben.“

Rosin hat ein gut recherchiertes Werk zu diesem für die europäische Geschichte wichtigen diplomatischen Ereignis vorgelegt. Die DDR kommt in dem Buch logischerweise nur am Rande vor. Der Autor verwendete einige Akten aus der Überlieferung ihrer Staats- und Parteiinstitutionen und befragte Siegfried Bock, den zeitweiligen Leiter der DDR-Delegation bei der KSZE. Allerdings fehlen in den Fußnoten die Aktensignaturen. Das Buch beleuchtet einen wichtigen Aspekt zum besseren Verständnis der europäischen Diplomatiegeschichte und schließt an die bereits in den Vorjahren in derselben Reihe erschienenen Werke von Anja Harnisch und Benjamin Gilde über die DDR bzw. Österreich im KSZE-Prozeß an.

Es liegen bislang nur wenige Untersuchungen über schweizerisch-ostdeutsche Beziehungen vor. Um so erfreulicher ist es, wenn Autoren aus dem Alpenland sich der Materie annehmen. Sie kennen die Mentalität in der Eidgenossenschaft meist besser als Deutsche aus dem Ausland. Der Journalist Ricardo Tarli schildert in 28 Kapiteln wichtige Umtriebe der Staatssicherheit in seiner Heimat. Dem Thema hatte sich schon 2006 der ehemalige Schweizer Untersuchungsrichter und Sicherheitsoffizier im Armeestab Peter Veleff in seinem Buch *Spionageziel Schweiz?* angenommen, das wegen seinem unkritischen Umgang mit Aussagen hoher Staatssicherheitsoffiziere als zu naiv bewertet worden ist. In Tarlis Buch wird hingegen mit Schweizer Behörden abgerechnet. Der Autor bezichtigt Institutionen seines Heimatlandes der Begünsti-

gung des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Jahrzehntlang seien wirtschaftskriminelle Umtriebe ostdeutscher Agenten in der Eidgenossenschaft toleriert worden. „Diese Erkenntnis entlarvt das Selbstbild der Schweiz als antikommunistisches Bollwerk im Kalten Krieg als Farce.“ Im Alpenland gab es staatlicherseits weder vor noch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eine sonderliche Bereitschaft zur Aufklärung der Aktivitäten der Staatssicherheit der DDR. Nicht nur Sympathisanten des SED-Regimes hätten dies verhindert, sondern auch führende Wirtschaftskreise. Tarli meint: „In Anbetracht der großen Bedeutung, welche die Schweiz als Handels- und Finanzplatz für die DDR tatsächlich besaß, ist es aber an der Zeit, sich auch in der Schweiz dieser Aufarbeitung zu stellen.“

Unternehmer, Banker und Politiker hätten sich im Dunstkreis der Stasi bewegt und von ihren Machenschaften profitiert. „Ohne deren Unterstützung hätten die SED, die KoKo und der Staatssicherheitsdienst ihre geheimen Geschäfte nicht in dem Umfang abwickeln können, wie sie es taten. Die Schweiz war kein Opfer der Stasi, sondern vor allem eine Profiteurin des Unrechtsregimes in Ostdeutschland.“ Tarli unterstellt der Schweiz sogar, sie habe zur Stabilisierung des ostdeutschen Unrechtsstaates beigetragen. Nach seinem Resümee hätten die besonderen DDR-Beziehungen in die Schweiz aber nicht der DDR-Bevölkerung, sondern nur dem Staat und der Staatspartei genutzt. „Die erwirtschafteten Milliarden in Westdevisen kamen in erster Linie nicht den unter der Mangelwirtschaft leidenden Menschen zugute, sondern verschwanden in Geheimkassen im Ausland oder wurden in wirtschaftlich erfolglose Prestigeprojekte und in die technische Ausrüstung der Stasi gesteckt. Dadurch wurde das System stabilisiert und das Überleben der Diktatur wahrscheinlich um Jahre verlängert.“ Nach eigenen Angaben hat der Autor für sein Buch die Berichte des Unter-

suchungsausschusses des Deutschen Bundestages zum Bereich Kommerzielle Koordinierung, Akten der Stasi-Unterlagen-Behörde und Staatsschutzakten aus dem Berner Bundesarchiv verwendet. Leider werden im Buch keine Archivsignaturen angegeben, so daß die kritische Prüfung mancher Behauptungen nicht möglich ist. Allerdings liegen zu einigen von Tarli geschilderten Vorgängen SED- und MfS-Unterlagen im Archiv des Forschungsverbundes vor und diese bestätigen im wesentlichen seine Darstellung.

Tarlis *Operation Schweiz* ist gut lesbar und trägt zur Aufarbeitung der internationalen Beziehungen der DDR bei. Die Sperrfrist für die Staatsschutzakten in Bern beträgt zur Zeit 50 Jahre. Diese nach den Findbüchern gigantisch anmutende Überlieferung birgt bestimmt noch viele Geheimnisse aus der Zeit der „speziellen“ DDR-Beziehungen zur Schweiz, deren Aufdeckung für das Verständnis der seinerzeit beiderseits streng konspirativen Aktivitäten unverzichtbar ist. Insbesondere die Funktion der Schweiz bei internationalen Waffenschiebereien des Schalck-Golodkowski-Imperiums, auf die Tarli mehrfach hinweist, könnte dann noch genauer untersucht werden – wenn es denn dann noch jemand interessiert.

Enrico Seewald

Gruber, Bettina/Parr, Rolf (Hrsg.): Linker Kitsch. Bekenntnisse - Ikonen - Gesamtkunstwerke. Paderborn: Wilhelm Fink 2015, 197 Seiten, 29,90 €.

Das Wort „Kitsch“ beschreibt einen Gegenstand oder einen Sachverhalt mit der „Griffigkeit einer Qualle“, der „Spannweite eines Regenbogens“ und der „Eindeutigkeit eines Horoskop-Spruches“. Auf diese Weise etikettierte bereits 1976 Henryk M. Broder den Begriff „Kitsch“, der seit über hundert Jahren sowohl in wissenschaftlich-ästhetischen Diskussionen als auch in profanem alltäglichem Gerede präsent ist.

Vom 16. bis 18. Januar 2008 fand an der Technischen Universität Dresden eine Tagung zum Thema „Linker Kitsch“ statt, deren Ergebnisse jetzt in einem von Bettina Gruber und Rolf Parr zusammengestellten Sammelband veröffentlicht wurden. Zwar befaßt sich Linker Kitsch. Bekenntnisse – Ikonen – Gesamtkunstwerke vordergründig mit politischem Kitsch, muß sich der politischen Variante des Phänomens aber über die Geschichte und Begriffskontroversen nähern.

Daß der Begriff „Kitsch“ bis heute von der Wissenschaft trotz einiger Versuche nicht vollkommen intentional bestimmt werden konnte, liegt an seiner semantischen Spannweite. Diese Unschärfe und die damit verbundene hohe Anschlußfähigkeit für Diskussionen und Phänomene ganz unterschiedlicher Art verhelfen dem Begriff zu einer steten Aktualität und sichern zugleich sein Überleben. Trotzdem werden Kulturwissenschaftler nicht müde, immer wieder neue Beschreibungs- und Konstruktionsversuche des Begriffs vorzulegen. Der Bedarf an einem solchen Terminus, der lebensweltliche Distinktionsgewinne sichert und gleichzeitig wissenschaftliche Wertungskriterien zuläßt, ist groß. Denn je nach Herangehensweise bildet „Kitsch“ entweder einen Komplex aus Objekten, Texten und Medienpräsentationen oder aber aus Urteilen, Erwartungen und Rezeptionshaltungen. So kommt es auch, daß sich Philosophen, Soziologen, Literatur-, Kunst- und Medienwissenschaftler, ja sogar Psychologen mit diesem Phänomen beschäftigen. Aus soziologischer und politologischer Perspektive (Pierre Bourdieu) wurde beispielsweise die These vertreten, daß etwas als „Kitsch“ zu brandmarken, lediglich dazu diene, eine Hegemonie über eine bestimmte Kultur und deren Träger zu erlangen, die Diffamierung als „Kitsch“ also als eine Art der kulturellen Machtausübung fungiere. Für Ästhetiker, Kunst- oder Literaturwissenschaftler ist diese Art der Analyse von „Kitsch“ nicht sehr befriedigend, da sie nichts über die

Art des Objekts oder dessen Aufnahme durch den Rezipienten auszusagen vermag. Diese und weitere Debatten führten schließlich dazu, daß „Kitsch“ vorrangig in bezug auf die Bereiche Alltagsästhetik und Gebrauchskunst thematisiert wurde, mit denen „Kitsch“ dem Alltagsverständnis nach zuerst assoziiert wird.

Im 20. Jahrhundert spielte die Beziehung von Politik und Kitsch eine immer größere Rolle. Besonders nationalsozialistischer bzw. faschistischer Kitsch wurde von vielen Seiten thematisiert. Weniger im Fokus stand demgegenüber „linker Kitsch“, obwohl das „Kitschpotential“ auch hier nicht gering ist. Schon das linke Urversprechen, die universelle Gleichheit aller Menschen und der damit verbundene posthistorische Heilszustand, ist dazu prädestiniert, Kitsch hervorzubringen. Da dieses Versprechen nicht einzulösen ist, bietet es immer wieder Gelegenheit zu einem Klage- und Forderungspathos in bezug auf die triste Gegenwart. Dabei kann Kitsch auch gut zur Verstärkung der politischen Wirksamkeit beitragen. Aber auch die Dramatisierung der Revolution als universalhistorische Zeitenwende und Geburtsstunde eines neuen Menschen schuf ein umfangreiches Reservoir an wieder abrufbaren Bildern und Gesten. Diese stets aufs neue reproduzierte linke Groß-Erzählung, die sowohl mit dem expressionistischen Stationendrama als auch mit der christlichen Passionsgeschichte vergleichbar ist, schlug sich immer wieder in Kitschkunst nieder.

Im ersten tagungsspezifischen Beitrag geht Bettina Gruber auf den Unterschied zwischen allgemeinem und politischem Kitschbegriff ein. An Adorno, Kant und Burke angelehnt, zeichnet sich Kitsch durch ein fehlendes Spannungsverhältnis aus, das heißt im als kitschig empfundenen Objekt oder Text überwiegt ein Element oder eine Tendenz, zum Beispiel das Schöne, das Süße oder das Harmonische. Der politische Kitsch, zum Beispiel im Zusammenhang mit faschistischer

oder kommunistischer Propaganda, nutzt eher das Erhabene in übersteigerter Form, das wiederum vom Lächerlichen nur einen Schritt entfernt ist, so Gruber. Der Reiz, der von dieser Spielart des Kitsches – dem Sublimen – auf die Menschen ausstrahlt, liegt in der heroischen Überwindung der Widrigkeiten in stolzer Erhabenheit. Während der einfache schöne Kitsch dazu verleitet, den Augenblick zu genießen, anschließend aber verpufft, gelingt es dem politischen Kitsch mit seinen überzeichneten Bildern einer zukünftigen Gesellschaft, eine Verbundenheit mit dieser Vision zu erzeugen. Anders als der „schöne Kitsch“ erzeugt der politische Kitsch einen Realitätsbezug, zumindest für die Anhänger der jeweiligen weltanschaulichen Richtung. Während die Objekte oder Texte für die „Gläubigen“ zu Kunst avancieren, da sie scheinbar einen Bezug zu deren Lebenswirklichkeit besitzen, empfinden dies Menschen, die nicht der Peergroup angehören, gerade aufgrund der herrschenden Kluft zwischen ideologischem Anspruch des „Kunstwerkes“ und der Realität, als Kitsch. Als anschauliche Beispiele für ihre Ausführungen geht Gruber in ihrem Beitrag speziell auf Passagen aus Heiner Müllers *Zement* und Bertolt Brechts *Die Maßnahme* ein. In diesen Stücken wird die Erhabenheit der politischen Notwendigkeit so weit pervertiert, daß treue Genossen sogar ihrem eigenen Todesurteil durch die Partei zustimmen, schließlich diene dies einem höheren Ziel.

Eine Variante des „sauren Kitsches“ beschreibt Heinz-Peter Preusser in seinem Beitrag eingehender. Um „sauren Kitsch“ handelt es sich, „wenn gesellschaftlich vorgeblich kritische Positionen, scheinbar originelle Bilder längst schon im ästhetischen Bewußtsein aller angekommen sind; wenn man sich, anders gesagt, als Rezipient in der durch Literatur artikulierten Kritik heimisch und vielleicht zu wohl fühlt“. Diesen Kitsch der Avantgarde verortet Preusser in der zivilisationskritischen DDR-Literatur der 1970 und

1980er Jahre, in der er eine starke Ähnlichkeit zu Adam Müller und dessen politischer Romantik aus dem 18. bzw. 19. Jahrhundert sieht. Leider geht Preusser in seinem Beitrag nicht auf den Gesamtkontext der Zivilisationskritik ein. So bleibt für den Leser unklar, ob es sich bei dieser Ausprägung des „sauren Kitsches“ um eine DDR-genuine Entwicklung handelt oder ob sie zu dieser Zeit nicht ohnehin ein weltweites kulturelles Phänomen darstellte.

Der Opferrhetorik in Texten und Bildern linker Bewegungen widmet sich Klaus Kreimeier. Er untersucht die Übernahme eines fast schon religiös anmutenden Motivkanons inklusive formelhafter Stereotypisierungen und geborgter Gefühle durch die traditionelle Linke, vor allem in bezug auf ihre Toten. Was in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus als „Propaganda mit der Leiche“ bezeichnet wird, dient auch in der Linken der gefühlsmäßigen Überwältigung und Verdrängung von kritischer Reflexion. Die Linke des 19. und 20. Jahrhunderts mußte ihre profanen politischen Niederlagen nicht nur zu moralischen Siegen umdeuten, sondern zu einem Opfergang im Dienste der Menschheit verklären. So ist die von Stalin im Alleingang gegen den Widerstand des Politbüros durchgesetzte Aufbahrung des einbalsamierten Lenin als ein zutiefst religiöser Akt zu verstehen, galt der Erhalt des Körpers sowohl in der Ost- als auch in der Westkirche als Ausdruck der Heiligkeit einer Person. Ähnlich religiös angelegt ist ebenfalls der von Käthe Kollwitz erstellte Holzschnitt „Gedenkblatt für Karl Liebknecht“ aus dem Jahr 1919/1920, zumindest in bezug auf die Formsprache, die sich in der bildenden Kunst ursprünglich in der Darstellung der Beweinung Christi herausgebildet hat. Aber ob diese Art ikonographischer Darstellung der Erlösungsverheißung dem proletarischen Klassenkampf gegenüber tatsächlich unangemessen ist, wie Kreimeier meint, bleibt im Hinblick auf die Durchdringung

der gesamten Linken mit Heiligen, Mythen und reichlich Pathos durchaus fraglich. Vielmehr zeichnet sich die den Materialismus propagierende Arbeiterbewegung – zumindest auf gewisser Ebene – durch die fast uneingeschränkte Nutzung des eigentlich abgelehnten Idealismus aus. Gegenüber metaphysischen Phänomenen, wie manichäischem Denken, sakraler Selbststilisierung und pathetischer Opferrhetorik, ist die dem eigenen Selbstverständnis nach auf wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit basierende sozialistische Bewegung bis in die Gegenwart äußerst anfällig, wie Kreimeier selbst feststellt. Bestes Beispiel einer sich durch Jahrhunderte ziehenden Tradition ist die „Karriere der Freiheitsallegorie“, die sich in allen Revolutionen seit 1789 mit der Fahne in der Hand und über Leichenberge steigend, in hingebungsvoller Opferbereitschaft der reaktionären Übermacht entgegenstellt. Kreimeier vermutet, daß viele linke Intellektuelle unter einer Überdeterminierung durch die Theorie leiden, die eine Entlastung durch eine hohe Glaubensbereitschaft erfordere. Ob dies tatsächlich der einzige Grund für die Abkehr von der Rationalität ist, muß bei einer an sich so widerspruchsvollen Theorie wie dem Marxismus-Leninismus jedoch bezweifelt werden. Zudem sind beispielsweise starre Freund-Feind-Schemata, wie sie Kreimeier andeutet, stets essentieller Baustein und Voraussetzung für Ideologien mit einem alleingültigen Wahrheitsanspruch.

Michael Rohrwasser stellt in seinem Beitrag in Frage, daß es den genuin linken Kitsch überhaupt gibt. Wie die kommunistischen und sozialdemokratischen Verwendungen von Textauszügen und Melodie des Horst-Wessel-Liedes zeigen, zieht „Wander-Kitsch“ überall dorthin, „wo Vereine mit kulturellen Emblemen am Leben erhalten werden“, und macht so auch vor der Linken nicht halt. Besonders anfällig sei die kommunistische Kunst jedoch für didaktische Reduktionen. Im Sinne eines (intellektuellen) An-

tiintellektualismus wurden diese „Vereinfachungen“ von Bertolt Brecht oder Johannes R. Becher bewußt genutzt, um das angestrebte einfache Leben mit literarisch einfachen Mitteln für jedermann rezipierbar zu gestalten. Einen zweiten Schwerpunkt von linker Kitschproduktion verortet Rohrwasser im „Todes-Kitsch“. „Das auffälligste und zugleich häufigste Todesbild der kommunistischen Literatur ist die Verheißung der Unsterblichkeit im Kollektiv, das Aufgehen im siegreichen Geschichtsplan.“ Dabei werden die Protagonisten entpersonifiziert und enthistorisiert. Sie gehorchen einem philosophisch-ideologischen Prinzip, dessen Spannweite von Unterordnung und Disziplin des Individuums bis zum Tod für die Idee als Aufgabe, Krönung und Erlösung reicht.

Die Beiträge in diesem Sammelband handeln aber nicht nur von marxistisch-orthodoxen Erscheinungen. So setzt sich Alexandra Pontzen mit dem Kitsch des Suhrkamp-Verlages auseinander, den die Autorin im besonderen in der Anlehnung an Hermann Hesse und dessen schriftstellerischer Nähe zur Lebensreformbewegung sieht. Der Beitrag von Rolf Parr wendet sich dem Louis Malle-Film „Viva Maria“ aus dem Jahr 1965 und dessen Rezeption in der deutschen Studentenbewegung zu. Dabei versucht er, zwei Perspektiven einzunehmen. Parr möchte klären, ob der Kitsch per se in der Ästhetik bzw. dem Inhalt des Filmes zu finden ist oder ob das Kitschpotential erst durch dessen Rezeption aus einem bestimmten Blickwinkel entsteht. Das Ergebnis ist differenziert: Während „Viva Maria“ eindeutig als Parodie beginnt, bekommt es der Zuschauer zum Ende hingegen phasenweise mit pathetischem Revolutionskitsch zu tun. Andererseits deuten die studententbewegten Zuschauer nach Parris Auffassung einzelne Strukturelemente des Films um und passen sie ihrer eigenen Weltansicht an. Es handelt sich in der Wirkung von „Viva Maria“ also nicht um die Vermittlung von neuen Werten, wie

sie durch die starken Emotionen eines Kitschproduktes vermittelt werden. Vielmehr verbindet der Film mit einer „nachträglichen Erdung“ schon vorhandene politische Orientierungen mit den vom „Polit-Asketen Dutschke“ bis dahin vernachlässigten und nicht integrierten Lebensbereichen wie Sexualität und Kunst. Auf diese Weise sind in Viva Maria die von Wolfgang Kraushaar herausgestellten Gründungsmythen von „Achtundsechzig“, Gewalt, Sexualität und Dritte Welt, erstmalig zusammengedacht worden, meint Parr. Allerdings muß man Parrs Ansicht nicht teilen, wonach das letzte Drittel des Filmes nur noch Revolutionskitsch sei, zumal der Klamauk auch gegen Ende das wohl doch nicht ganz ernstgemeinte Pathos noch deutlich überwiegt. Auch die Aussage von Louis Malle, wonach er von der politischen Interpretation seines Filmes ziemlich überrascht gewesen sei, deutet auf eine eher verspielte bzw. experimentelle Absicht des Filmemachers hin.

„Linker Kitsch. Bekenntnisse – Ikonen – Gesamtkunstwerke“ enthält noch weitere lesenswerte Beiträge, die durch die literatur- und medienwissenschaftliche Herangehensweise an das Thema Sozialismus/Kommunismus gerade für Historiker und Politologen neue Einsichten und Perspektiven anbieten. Der weit hinten im Band zu findende Text von Wolfgang Müller-Funk zur Kunsttheorie von Theodor W. Adorno und Hermann Broch sollte lieber als Einstieg in den Sammelband gelesen werden. Denn Müller-Funk erwähnt auch die Maßgabe der beiden Theoretiker, daß Kunst nämlich eine erkenntnistheoretische Funktion habe und Kitsch deshalb leicht zur böswilligen Lüge verkommt.

Andreas Neumann

Hantke, Ingrid/Kleindienst, Jürgen (Hrsg.): Schwarz über die grüne Grenze. Als Flucht noch möglich war, 1945–1961. 21 Geschichten und Berichte von Zeitzeugen. Berlin: Zeitgut Verlag 2011, 317 Seiten, 10,90 €.

Hantke, Ingrid/Kleindienst, Jürgen (Hrsg.): Mauerzeit. Als fliehen tödlich sein konnte, 1961–1989. 34 Erinnerungen aus Ost und West. Berlin: Zeitgut Verlag 2011, 315 Seiten, 10,90 €.

Den Zeitgut-Büchern liegt ein Kärtchen bei, mit dem die Leser aufgefordert werden, ihre Meinung zur jeweils vorliegenden Publikation dem Verlag mitzuteilen. Auf dem Kärtchen ist das Foto von zwei Jungs mit einem Hund abgebildet. Die beiden Kinder sehen ein bißchen ordentlich aus, aber auch ein bißchen keck. Sie lächeln halb freundlich, halb abenteuerlustig, doch der Gesichtsausdruck eines von ihnen zeugt auch von einer Kindheit in schweren Zeiten: Die Augen sind nach oben gerichtet, aber der Kopf neigt nach unten, das Lächeln entschuldigt sich gleichsam dafür, daß es da ist. Nein, unbeschwert ist hier wenig. Nur der Hund, ein Foxterrier, blickt dem Betrachter gerade ins Gesicht und scheint dabei mit dem rechten Auge leicht zu zwinkern.

Wie diese beiden Jungs stelle ich mir, nur mit Falten im Gesicht und grauen Haaren, die Autoren der Zeitgut-Anthologien vor, deren 24. und 25. Band hier zu besprechen sind. Sie sind zumeist zwischen 1930 und 1950 geboren, oft Handwerker oder Lehrer, manchmal auch Kriminalbeamte oder Wissenschaftler, mit einer bewegten Geschichte. Sie sind ein wenig altmodisch und auf Anstand bedacht, doch reagieren sie resolut und unkonventionell, sehen sie ihre Freiheit bedroht. Abenteuerlustig träumen sie „von den Sachen, die man nicht haben kann“. Sie verabscheuen Gefängnisse, gerade weil sie oft von Haft Erfahrungen zu berichten wissen. Sie haben sich ihr Lächeln bewahrt, nur daß es sich für nichts mehr entschuldigen muß. Es ist wohl noch ein bißchen inniger geworden, im Wissen darum, für jede noch so prekäre Lebenslage eine praktische Lösung bereit gehabt zu haben und sei es jene, sich „auf Bahnsteigen blind und taub [zu stellen], wenn ältere Damen schwer bepackt auf einen heranrollenden Zug zustreben.“ Man muß die Zeitgut-Autoren nicht immer verstehen und manchmal verstehen sie selbst nicht, was ihnen widerfuhr, aber vielleicht ist das auch gar nicht so wichtig. Die Leser sollen, so die Herausgeber, dem „Atem“ jener Jahre der deutsch-deutschen Teilung „nachspüren“ und dieser Atem wirkt immer wieder gestockt und gepreßt, zuweilen ist es ein Aufseufzen aber oft auch ein befreites Durchatmen.

Die beiden Bücher *Schwarz über die deutsche Grenze – Als Flucht noch möglich war* und *Mauerzeit – Als fliehen tödlich sein konnte* bieten Erinnerungen und Lebensberichte, darunter auch eine Kurzgeschichte und einen Sachtext, über die vielfältigen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten einer Überschreitung der innerdeutschen Grenze: Besuche im anderen Teilstaat, als Familienreise oder Klassenfahrt, Forschungsreisen, grenzübergreifende medizinische Hilfe oder Fluchten in die Bundesrepublik, die auf spek-

takuläre Weise gelangen oder mit niederschmetternden Folgen verhindert wurden. Neben der furchteinflößenden Grenzabfertigung und den Schwierigkeiten des Warenverkehrs sind die Verständigungsprobleme und Identitätskonflikte, mit denen sich DDR- und Bundesbürger konfrontiert sahen, wiederkehrende Themen. Die Erfahrung von „Zerrissenheit“ wurde durch die ernüchternde Wirklichkeit in den Aufnahmelagern verstärkt: „Flüchtlinge waren damals genauso unbeliebt wie heute oft Asylanten.“ „Der Häme des Ostens folgten die Demütigungen des Westens“, konstatiert ein Lehrer, und eine ebenfalls übergesiedelte Kollegin erinnert sich an ihre Enttäuschung darüber, „daß auch im freien Westen bestimmte Bezeichnungen tabu waren und gleich zu politischen Verdächtigungen führten“. Die „subtilen Ausflüsse des Antikommunismus“, so formuliert es ein Lehrer aus der Bundesrepublik, seien nicht zu verleugnen gewesen: Die Vorstellung des „Anderen“, die die Menschen aus der DDR der politischen Ausrichtung ihres Staates unterordnete, suggerierte „etwas Verstecktes, geradezu Geheimnisvolles“, „etwas Unbestimmbares, das da war und wirkte und deshalb gefährlich war.“ Doch auch im nachdenklichen Rückblick verlieren die Zeitgut-Autoren ihr Lächeln nicht, denn manchmal waren es eben die überzogenen Erwartungen, die in den raren Momenten des Zusammenseins aufeinanderprallten. Diese „Wand aus Eis“ verleitete auch zum Schlittern und Rutschen in komische Situationen und Begegnungen. Etwa als sich die Mutter aus der Bundesrepublik wie „ein Torero im Gemüseladen“ in Eisenhüttenstadt aufführte, bis sie „auch solch eine braune Tüte“ grünlich-gelber Kuba-Orangen erhielt, die nur den guten Freundinnen der Verkäuferin vorbehalten waren. Oder als bei einer Familienzusammenkunft in Herne die „drei Ostfrauen“ der „verruchten Idee“ verfielen, einmal einen Porno-Film zu schauen, und zu dem Resultat kamen, „daß die Schuhe der

Hauptdarstellerin ausgesprochen chic und elegant aussahen“.

Zeitgut-Autoren bleiben unter sich, und das ist schade. Ein Ingenieur im Ruhestand berichtet beispielsweise davon, wie er gezwungen wurde, Reparationslieferungen an die Sowjetunion zu verladen. Über die von ihm konsequent als „Russen“ bezeichneten sowjetischen Wachsoldaten bemerkt er: „Vielleicht hatten sie oder ihre Angehörigen im Krieg viel gelitten, und wir bekamen das jetzt zu spüren.“ Wirklich nur vielleicht? Als Leser hätte ich mir nun einen Beitrag aus der Perspektive eines jener Weltkriegsteilnehmer gewünscht, die hier nur schattenhaft als Bedrohung auftauchen. Auch die Sichtweise von Einwanderern und Arbeitsmigranten auf die Teilung Deutschlands fehlt völlig und wäre doch so wichtig, um Geschichtserfahrungen in ihrer ganzen Vielseitigkeit und Widersprüchlichkeit vermitteln zu können. Aber dann wären die Zeitgut-Autoren auch nicht mehr so, wie ich sie mir vorstelle. Vielleicht bliebe ihr eigensinniger Charme auf der Strecke, gewachsen im konfliktreichen Nebeneinander zweier Staaten, die es beide in dieser Form nicht mehr gibt. Unbeeindruckt vom Hausherrn fotografierten sie Magnolienbäume im Garten eines Sitzes der Staatssicherheit und begannen beim unvermeidlich darauf folgenden Verhör einen Diskurs über Blumen in den Gärten öffentlicher Gebäude überhaupt. Oder sie schaukelten elegant eine bei der Grenzkontrolle beanstandete Sammeltasse zwischen Daumen und Zeigefinger: „Und wenn das gute Stück mir nun hier auf den Steinboden fällt und zerschellt?“ Doch so etwas Ungehöriges passiert in den Geschichten natürlich nicht. Ebenso wie sich „trotz mancher kleinen Unstimmigkeit“ die Familie in Eisenhüttenstadt jedes Jahr auf den Besuch der West-Mutti gefreut hatte, soll nun „diese kostbare kleine Frühlingsblume, die da aufging, als Ost- und Westdeutsche zusammen auf der endlich geöffneten Mauer in Berlin standen, [...]

behutsam und verständnisvoll zum Wachsen“ gebracht werden. Und aus den Widerfahrungen der Vergangenheit werden „Erinnerungen an nachhaltiges gemeinsames Erleben“.

Jan Kostka

Gebhardt, Miriam: Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkrieges, München: Deutsche Verlags-Anstalt 2015, 351 Seiten, 21,99 €.

Gut platziert, im Jahr des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor siebzig Jahren, erschien dieses Buch zum Thema „Sexuelle Kriegsgewalt“ auf dem Büchermarkt. Die Autorin will das Bild korrigieren, daß die Vergewaltigungsverbrechen an deutschen Frauen in der Endphase des Krieges und in der Besatzungszeit vor allem von sowjetischen Soldaten verübt worden seien. Dies sei „einseitig und falsch“, denn – so der Klappentext – „die westlichen Alliierten – Amerikaner, Franzosen und Briten – wurden genauso zu Tätern wie die Soldaten der Roten Armee.“

Gebhardt ist nicht die erste Autorin, die sich mit der Erforschung der Kriegsvergewaltigungen befaßt. Bereits 1984 und Anfang der 1990er Jahre haben erstmals die Berliner Politikwissenschaftlerin Ingrid Schmidt-Harzbach sowie die Filmemacherin Helke Sander in Zusammenarbeit mit der Historikerin Barbara Johr das lange tabuisierte Thema angepackt, Fakten recherchiert, Interviews geführt und die Folgen für die Betroffenen beschrieben. Sander ging es darum, das Ausmaß der Kriegs- und Nachkriegsvergewaltigungen in Deutschland, besonders in Berlin, festzustellen. Zu den persönlichen Erfahrungen von Frauen bei Flucht und Vertreibung hat auch der Frauenverband im Bund der Vertriebenen mit Blick auf das Kriegsende vor 60 Jahren im Jahr 2005 eine bundesweite Befragung durchgeführt, an der sich ca. fünfhundert Frauen beteiligten.

Gebhardt bezweifelt die Rechercheergebnisse von Sander/Johr/Reichling (mindestens 100 000 Vergewaltigungsoffer in Berlin sowie 1,9 Millionen bei Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten) als „exorbitant“. Diese Zahlen seien – so Gebhardt – der „Voreingenommenheit im Ost-West-Konflikt und dem Impetus der erstmaligen Offenlegung und Skandalisierung des Themas Massenvergewaltigung an deutschen Frauen geschuldet“. Sanders Herangehensweise „profitiere noch unmittelbar vom feministischen Kampf gegen sexuelle Gewalt durch Männer“ seit Mitte der 1970er Jahre. Dagegen setzt Gebhardt ihre eigene Schätzmethode, deren Ergebnis die in der Zeitgeschichtsforschung bislang angenommenen Zahlen um mehr als die Hälfte auf insgesamt 860 000 Vergewaltigungsfälle herunterkorrigiert.

Diese Schätzung basiert auf den vom Statistischen Bundesamt bis 1955 gezählten „Besatzungskindern“ in der Bundesrepublik und in West-Berlin, von denen sie fünf Prozent als „Vergewaltigungskinder“ einstuft. Hochgerechnet mit einer – für alle Besatzungsarmeen gleichen Vergewaltigungsquote – wäre demnach der Großteil der Vergewaltigungsfälle amerikanischen Soldaten anzulasten (190 000). Weitere 50 000 entfielen auf französische, 45 000 auf britische, 15 000 auf sowjetische sowie 10 000 auf belgische Armeeangehörige. Für die SBZ/DDR liegen keine offiziellen Daten vor. Weil dort nach Flucht und Vertreibung ein großer Teil der vergewaltigten Frauen lebte und weil auch unter sowjetischer Besatzung noch viele Vergewaltigungen vorkamen, verdoppelt Gebhardt „großzügig“ die Ausgangszahl der westlichen „Vergewaltigungskinder“. Aus diesem spekulativen und insgesamt fragwürdigen Zahlenwerk ergibt sich die genannte Gesamtzahl von 860 000 Vergewaltigungsoffern.

Gebhardt behauptet zudem, daß die von Amerikanern verübten sexuellen Übergriffe einem ähnlichen „Drehbuch“ ge-

folgt seien wie die Vergewaltigungen der Roten Armee in den Vertreibungsgebieten und in Berlin (Plünderung, gemeinschaftliche Tat, Brutalität). Damit nivelliert sie die offensichtlichen Unterschiede und Dimensionen, für die es viele Belege gibt, zum Beispiel die *Dokumentation der Vertreibung*, russische Quellen oder Zeitzeugenberichte aus Regionen, die zunächst von der US-Armee und später von Rotarmisten besetzt wurden, nicht zuletzt auch ihr eigenes Datenmaterial.

So folgert Gebhardt, daß es nicht nur im Osten, sondern auch in Oberbayern „flächendeckende Massenvergewaltigungen“ gegeben habe, „hauptsächlich verübt von US-Soldaten, gelegentlich auch von Franzosen“, bevor die französische Armee von der US-Armee abgelöst wurde. Sie stützt sich dabei auf Kriegs- und Einmarschberichte aus dem oberbayerischen Erzbistum München-Freising. Die Zahl der in den kirchlichen Quellen erwähnten Übergriffe sei „erschütternd“. Tatsächlich beläuft sich die von Gebhardt daraus errechnete „Gesamtzahl der Vergewaltigten in den ersten drei Monaten der zunächst französischen, dann amerikanischen Okkupation im Erzbistum München-Freising auf knapp 200“. Auch wenn von einer Dunkelziffer auszugehen ist, weil nicht alle sexuellen Übergriffe angezeigt wurden, dürften diese Zahlen aus Oberbayern wohl kaum unser Bild von den Massenvergewaltigungen im Osten verändern.

Den zahllosen Vergewaltigungsoffern bei Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten begegnet die Autorin erst einmal mit geschichtspolitischem Vorbehalt. Grund für das „im kollektiven Gedächtnis eingefrorene Bild der vertriebenen Frau als Vergewaltigungsoffer“ sei zum einen die „unmittelbare Instrumentalisierung der Taten durch die Nazis für die Durchhaltepropaganda“ und zum anderen eine „Unzahl von Selbstzeugnissen von Opfern, die im Auftrag von Interessengruppen der Vertriebenen oder des Vertriebenenministeriums, aus privatem und

wissenschaftlichem Antrieb gesammelt wurden.“ Die mehrbändige *Dokumentation der Vertreibung* wird als „regierungsamtliche, geschichtspolitisch motivierte Auftragsarbeit“ bezeichnet, deren Ziel es war, „die persönlichen Erfahrungen bezüglich ‚Flucht und Vertreibung‘ in den Rang der öffentlichen Erinnerungskultur zu erheben.“ Gebhardt geht davon aus, daß die Bearbeiter aufgrund ihres politischen Anliegens Einfluß auf die Darstellung genommen hätten. So sei der „Gesamteindruck einer Gemeinschafts- oder Kollektiverfahrung wehrhafter deutscher Frauen“ entstanden, die sich „in dem Moment des Heimatverlustes zusammendrängen wie eine Herde von Lämmern und die gegen den als ‚bestialisch‘ gezeichneten sowjetischen Feind in der Rolle des bösen Wolfes nie eine Chance hatten.“ Dazu paßt, daß die Gewaltorgie im ostpreußischen Nemmersdorf, die bekanntlich von Goebbels‘ Propaganda ausgeschlachtet wurde, von Gebhardt primär als „rhetorische Waffe gegen die rote Gefahr“ angesehen wird und daß die Rolle der sowjetischen Kriegspresse mit einer Ehrenrettung des Schriftstellers und Propagandisten Ilja Ehrenburg endet. Wer eine differenzierte, quellenfundierte Beschreibung des Verhaltens der sowjetischen Armee im Osten und in der SBZ sucht, sei hier auf die Pionierarbeiten von Catherine Merridale: *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939–1945* (2005) und Norman M. Naimark: *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949* (1997) verwiesen.

In welchem Ausmaß und aus welchen Gründen haben Angehörige der westlichen Besatzungsmächte am Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Frauen vergewaltigt? Wer von Gebhardts Buch Aufschluß darüber erwartet, wird enttäuscht. Viele Fragen und Widersprüche bleiben offen. Das betrifft zum Beispiel die britische Armee: Warum ist eingangs von 45 000 Vergewaltigungsfällen durch britische Armeeingehörige die Rede,

wenn andererseits aus Mangel an Quellen nichts Nachteiliges über die Briten gesagt werden kann? Die Ausschreitungen französischer (marokkanischer) Soldaten, die beispielsweise in Bad Reichenhall die Bevölkerung tagelang in Angst und Schrecken versetzten, waren bekanntlich kein Einzelfall (Freudenstadt, Pforzheim, Stuttgart) und bedürften einer Erklärung.

Es fehlt ein Vergleich zwischen den Besatzungsarmeen, der die Unterschiede in Herkunft, kultureller Prägung, Ausbildung, Kampferfahrung, Disziplin, Einstellungen und Sexualmoral der Truppen deutlich macht und auch das Verhalten der Militärführungen mit einbezieht. Dazu gibt es, zumindest für die angloamerikanischen Truppen, ausreichend Quellenmaterial, das hier nicht ausgewertet wurde. Immerhin wissen wir, daß die amerikanische Militärjustiz harte Gefängnisstrafen und sogar Todesurteile verhängte (von 971 wegen Vergewaltigung verurteilten Soldaten wurden 52 hingerichtet), während die französische Militärführung zunächst nicht eingriff und erst später reagierte.

Die Forschungsmethoden Gebhardts sind, wie von ihr dargelegt aus „Bescheidenheit im Umgang mit Quellen“, begrenzt. Anders als Schmidt-Harzbach und Sander/Johr verzichtet sie auf die Befragung von Zeitzeuginnen, da deren Erinnerung inzwischen mehrfach überformt sei und erneute Traumatisierungen auslösen könnte und stützt sich auf gedruckte autobiographische Selbstzeugnisse. Zeitzeugenberichte aus dem Osten, kirchliche und amtliche Dokumente aus dem Westen, Militärgerichtsakten und selbst die Anträge vergewaltigter Frauen auf Ausgleichszahlungen werden von ihr nicht als „authentische Stimmen der Frauen gelesen“, aber dennoch teilweise mit dem „Mut zur Lücke“ benutzt.

Gebhardts Buch wirkt insgesamt meinungsstark, aber unübersichtlich und verworren. Vermutungen und Behauptungen werden immer wieder geäußert, häufig ohne Beleg. Wo eine differenzier-

te zeithistorische Analyse zur sexuellen Kriegsgewalt am Ende des Zweiten Weltkrieges gefragt wäre, weicht die Autorin in ihren Erklärungsversuchen allzuoft auf Generalisierungen und allgemeine Gendertheorien zur Geschichte von Männlichkeit und Weiblichkeit aus: „Es waren vor allem das Bild der Frau, der deutschen Frau zumal, sowie das Geschlechtermodell jener Zeit, die die Eroberung Deutschlands unter allen Besatzungsmächten in Akten der sexuellen Gewalt enden ließen.“

Ute Schmidt

Kurz & bündig

Schneider, Rainer: Anna. Sehnsucht. Lebenswege 1. Bonn: CreateSpace Independent Publishing Platform 2013, 270 Seiten, 9,99 €.

Der Roman handelt von einer jungen Frau, die gegen die Widrigkeiten im SED-Staat ihren Weg geht. Anna möchte an einer Kunsthochschule studieren, wird mehrmals abgelehnt und lebt dann ein gleichsam illegales Leben in der DDR. Sie wohnt inoffiziell in einer maroden Ost-Berliner Altbauwohnung, in der sie ihre eigene Mode kreiert, produziert und auf dem Schwarzmarkt verkauft. Sie nutzt Männer aus, die ihr unter anderem verbotenerweise Stoffe aus West-Berlin für ihre Modelle besorgen. Trotz vieler Tiefschläge in ihrem Leben fängt sie sich immer wieder und bereist nach dem Mauerfall die internationalen Modestädte. Das Buch hat einen offenen Schluß – Anna wird von Neonazis zusammengeschlagen und liegt schwer verletzt im Krankenhaus, aber ihre „Sehnsucht nach dem Leben“ meldet sich wieder.

Das Buch vermittelt in Romanform einen subjektiven Eindruck vom Leben in der DDR. Anschaulich werden aus der Perspektive der Protagonistin ihr Leben, ihre Wohn- und Lebensverhältnisse und ihr

Weg in die Illegalität beschrieben. Das Buch hat Längen, die aber den lesenswerten Schilderungen keinen Abbruch tun. Der Roman sei denen empfohlen, die auf leichte Art etwas über ungewöhnliche Lebensläufe in einem diktatorischen Staat erfahren möchten.

Cornelia Bronder

Ritter, Jürgen; Lapp, Peter Joachim: Deutschland Grenzenlos. Bilder der deutsch-deutschen Grenze. Damals und heute. Berlin: Ch. Links Verlag 2014, 192 Seiten, 30,00 €.

Jürgen Ritter war in den frühen 80er Jahren landauf landab entlang der innerdeutschen Grenze unterwegs und hat sie fotografiert. Von 2011 bis 2013 suchte er die gleichen Stellen, von denen aus er damals seine Aufnahmen gemacht hatte wieder auf und hielt fest, wie es heute aus gleicher Perspektive dort ausschaut. Im wesentlichen blühen dort, wo einst die DDR-Grenze stand, heute die Landschaften. Die erste Auflage dieses beeindruckenden Bildbandes erschien vor einem Jahr. Nun liegt bereits die 3. Auflage vor. Das ist nicht verwunderlich, denn man muß das mit eigenen Augen gesehen haben, wie furchtbar traurig die DDR-Grenze von Westdeutschland aus betrachtet die Gegenden verunstaltete und wie inzwischen die Wunden der Teilung aus Stadt und Land verschwunden sind. Die beiden Autoren haben den Band mit einer kurzen historischen Einleitung und einer Darstellung der Veränderungen im ehemaligen Grenzgebiet versehen. Darüber hinaus werden einige der wichtigsten Grenzlandmuseen vorgestellt. Ganz ohne jede Übertreibung, kann über dieses Buch gesagt werden, man muß es gesehen haben. Die Bilder sprechen für sich.

Jochen Stadt